

Baden-
Württemberg

Bayern

Berlin

Brandenburg

Bremen

Hamburg

Hessen

Mecklenburg-
Vorpommern

Nieder-
sachsen

Nordrhein-
Westfalen

Rheinland-
Pfalz

Saarland

Sachsen

Sachsen-
Anhalt

Schleswig-
Holstein

Thüringen

Die maschinelle

Bearbeitung

der gerichtlichen

Mahnverfahren



Die maschinelle Bearbeitung der Mahnverfahren (§§ 688 ff. ZPO)

*

Eine Informationsschrift und Anwendungshilfe

herausgegeben von den Justizverwaltungen der Bundesländer

**Die maschinelle Bearbeitung erfolgt in allen Ländern
grundsätzlich nach einheitlichen Regeln.**

**Nach dem Ausgabestand dieser Broschüre ist die maschinelle Bearbeitung
eingeführt in :**

Baden-Württemberg:	(Amtsgericht Stuttgart) landesweit
Bayern:	(Amtsgericht Coburg) landesweit
Berlin und Brandenburg	(Amtsgericht Wedding – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg–) landesweit ; für Auslandssachen § 689 Abs. 2 S. 2 ZPO: Amtsgericht Wedding in Berlin
Bremen:	(Amtsgericht Bremen) landesweit
Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern:	(Amtsgericht Hamburg - Gemeinsames Mahngericht der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern -) landesweit
Hessen:	(Amtsgericht Hünfeld) landesweit
Niedersachsen:	(Amtsgericht Uelzen) landesweit
Nordrhein-Westfalen:	(Amtsgerichte Euskirchen, Hagen) landesweit
Rheinland-Pfalz und Saarland:	(Amtsgericht Mayen Gemeinsames Mahngericht der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland) landesweit
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen:	(Amtsgericht Aschersleben - Gemeinsames Mahngericht der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) landesweit
Schleswig-Holstein:	(Amtsgericht Schleswig) landesweit

Stand: 03/2009

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeine Hinweise.....	3
1. Einführung des automatisierten Mahnverfahrens	3
2. Zuständige Mahngerichte.....	4
3. Form der Anträge.....	6
4. Geschäftsnummer	10
5. Kosten.....	10
6. Antragsteller mit Sitz / Wohnsitz im Ausland.....	12
7. Zustellung im Ausland oder nach dem NATO-Truppenstatut	12
8. Zulässige Vordrucke	13
II. Ablauf des Verfahrens	14
1. Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids.....	14
a) Format des Vordrucks.....	14
b) Form des Vordrucks.....	15
c) Rücknahme eines Antrags auf Erlass eines Mahnbescheids	22
d) Kosten	22
2. Monierung	23
a) Übersicht der häufigsten Fehler	23
b) Monierungsschreiben des Gerichts.....	24
c) Monierungsantwort des Antragstellers.....	24
3. Mahnbescheid.....	27
4. Kostenrechnung und Kostenzahlung	29
a) Kostenrechnung	29
b) Kostenzahlung	31
5. Nichtzustellung und Neuzustellung des Mahnbescheids	31
a) Nichtzustellungsnachricht	31
b) Neuzustellungsantrag	32
6. Zustellung des Mahnbescheids, Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids	35
a) Zustellungsnachricht	35
b) Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids	35
c) Erlass des Vollstreckungsbescheids.....	39
7. Nichtzustellung und Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids.....	39
a) Nichtzustellungsnachricht	39
b) Neuzustellungsantrag	40

8.	Vollstreckungsbescheid	43
a)	Ausfertigungen	43
b)	Übersendungsschreiben	45
9.	Widerspruch, Widerspruchsnachricht	47
a)	Einlegung des Widerspruchs	47
b)	Widerspruchsnachricht.....	49
10.	Abgabe nach Widerspruch/Einspruch.....	51
a)	Abgabe.....	51
b)	Abgabennachricht	51
c)	Aktenausdruck	53

III. Besondere Verfahrensgestaltungen 54

1.	Nicht-EDV-Fälle	54
2.	Kennziffer	55
3.	Einzugsermächtigung für die Gerichtskosten.....	56
4.	Elektronischer Datenaustausch	59
5.	online-Antragstellung über das Internet	61
6.	Orts- und Gerichtsdatei.....	62

IV. Ausfüllbeispiele für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids, Stichwortverzeichnis64

1.	Antragsteller/Antragsgegner	65
2.	Bezeichnung des Anspruchs.....	71
3.	Scheck-/Wechsel-/Urkundenmahnverfahren	73
4.	Auslagen/andere Nebenforderungen	73
5.	Zinsen	75
6.	Verbraucherdarlehensvertrag / §§ 491 - 504 BGB.....	77
7.	Prozessbevollmächtigter/Geschäftszeichen	79

Anhang

1	Gebührentabelle für die Gerichtskosten.....	81
2	Hauptforderungskatalog (erweiterter)	82
3	Verfahrensablauf maschinelles Mahnverfahren (vereinfacht).....	83
4	Übersicht: Stand der masch. Bearbeitung in den Bundesländern	84
5	Internetadressen der Landesjustizverwaltungen und Mahngerichte.....	85
5	Internetadressen der Landesjustizverwaltungen und Mahngerichte.....	85
6	online-Antragstellung www.online-mahnantrag.de , Muster.....	86

I. Allgemeine Hinweise

1) Einführung des automatisierten Mahnverfahrens

Ab 1. Oktober 1982 ist die maschinelle Bearbeitung der gerichtlichen Mahnverfahren in der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Ländern stufenweise und in unterschiedlichem Umfang aufgrund von Landesverordnungen (§ 703 c Absatz 3 ZPO) eingeführt worden.

Seither hat sich die maschinelle Bearbeitung zu einem anerkannten und bewährten Verfahren entwickelt, mit dem fast alle deutschen Mahnverfahren bearbeitet werden (Ausnahmen s. Ziff. 7). Die wichtigsten Ziele, einen effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten und gleichzeitig das Verfahren rationeller und zügiger zu gestalten, wurden verwirklicht; im Ergebnis hat die Automation zu einer deutlichen Verfahrensbeschleunigung geführt. Das System wird dennoch ständig weiter entwickelt.

Mit dem automatisierten Mahnverfahren erbringen die Justizverwaltungen einen Beitrag zur modernen und bürgerfreundlichen Dienstleistung. Dazu gehört auch die vorliegende Broschüre, mit der der rechtsuchenden Bevölkerung der Verfahrensablauf erläutert und eine Hilfestellung für die Einreichung von Anträgen gegeben werden soll.

Seit dem 1. Januar 2009 ist die automatisierte Bearbeitung in allen Bundesländern unter Zuweisung auf zentrale Mahngerichte (S. Ziff. 2) unbeschränkt eingeführt.

Nähere Einzelheiten sind bei der jeweiligen Landesjustizverwaltung oder bei den Amtsgerichten zu erfahren (s. dazu auch Übersicht **Anhang 4, Seite 84**).

Die maschinelle Bearbeitung erfolgt in allen Ländern grundsätzlich nach einheitlichen Regeln. Mit der maschinellen

Bearbeitung werden Mahnverfahren entsprechend §§ 688 ff. ZPO überwiegend in durchgehend automatisierten Arbeitsgängen abgewickelt. Für die Antragstellung sind besondere Vordrucke vorgeschrieben. Daneben ist es möglich, Anträge in einer nur maschinell lesbaren Form einzureichen bzw. zu übermitteln und Mitteilungen vom Gericht in derselben Form zu erhalten (Datenträgeraustausch, Datenfernübertragung, Barcode-Anträge über das online-Mahnverfahren).

2) Zuständige Mahngerichte

Antragsteller mit **Sitz bzw. Wohnsitz in Deutschland** müssen den Erlass eines Mahnbescheids bei folgenden Gerichten beantragen (s. a. Anhang 4):

Sitz/Wohnsitz in	zuständiges Gericht
Baden-Württemberg	Amtsgericht Stuttgart 70154 Stuttgart
Bayern	Amtsgericht Coburg 96441 Coburg
Berlin und Brandenburg	Amtsgericht Wedding – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg – 13343 Berlin
Bremen	Amtsgericht Bremen 28184 Bremen
Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern	Amtsgericht Hamburg – Gemeinsames Mahngericht der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern – 22747 Hamburg
Hessen	Amtsgericht Hünfeld 36084 Hünfeld
Niedersachsen	Amtsgericht Uelzen Postfach 1363 29503 Uelzen

Sitz/Wohnsitz in	zuständiges Gericht
Nordrhein-Westfalen OLG-Bezirke Hamm, Düsseldorf	Amtsgericht Hagen 58081 Hagen
OLG-Bezirk Köln	Amtsgericht Euskirchen 53878 Euskirchen
Rheinland-Pfalz und Saarland	Amtsgericht Mayen Gemeinsames Mahngericht der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland 56723 Mayen
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Amtsgericht Aschersleben Gemeinsames Mahngericht der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen Lehrter Straße 15 39418 Staßfurt
Schleswig-Holstein	Amtsgericht Schleswig -Mahnabteilung- 24821 Schleswig

Bei der Geltendmachung von Zahlungsansprüchen nach dem **Wohnungseigentumsgesetz** richtet sich die Zuständigkeit nach der Lage des Wohnungseigentums **nur** dann, **wenn die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer Antragstellerin ist.**

Eine besondere Zuständigkeit gilt für Antragsteller mit Sitz/Wohnsitz im **Ausland**, s. Ziff. 6 und bei Auslandszustellung bzw. nach dem NATO-Truppenstatut (s. Ziff. 7).

Wird der Antrag bei einem anderen als dem jeweils zuständigen Gericht eingereicht, so kann ihn dieses Gericht an das zuständige Amtsgericht weiterleiten. Rechtliche, insbesondere fristwahrende Wirkung hat ein Antrag erst, wenn er bei dem zuständigen Amtsgericht eingeht. Anträge können auch gemäß §§ 702 Abs. 1, 129 a ZPO zu Protokoll der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichts erklärt werden.

Bei Ansprüchen aus einem **Arbeitsverhältnis** sind die Arbeitsgerichte zuständig.

3) Form der Anträge

- a) Antragstellung auf Datenträgern (Diskette, Band-Kassette) oder über das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach („EGVP“)

Anträge können in einer nur maschinell lesbaren Form übermittelt werden (§ 690 Abs. 3 ZPO), s. dazu Ziffer III 4, III 5.

Für diese Antragstellung ist eine entsprechende Hard- und Softwareausstattung nötig. Entsprechende Branchensoftware wird von diversen Herstellern angeboten. Weitere Voraussetzung ist die Erteilung einer Kennziffer (s. dazu Ziff. III Nr. 2) durch das Mahngericht. Für die Übertragung über „EGVP“ wird eine signaturgesetzkonforme Signaturkarte und ein Chipkarten-Lesegerät benötigt, s. dazu Ziff. III Nr. 4. Hinweis: Nicht alle Mahngerichte lassen Disketten oder Band-Kassetten zu, s. dazu Anhang 4 unter „zugelassene Einreichungsart“.

- b) Antragstellung über das Internet mit „online-Mahnantrag“ (www.online-mahnantrag.de), s. a. Ziff. III Nr. 5

▪ Versand per Internet

Ein einzelner Antrag kann online ausgefüllt und mit EGVP übertragen werden („Versand per Internet“); signaturgesetzkonforme Signaturkarte und ein Chipkartenlesegerät sind erforderlich, nicht jedoch eine Kennziffer.

▪ Druck auf Papier (Barcode)

Ein einzelner Antrag kann online ausgefüllt und auf weißes Papier gedruckt werden. Wegen der Verschlüsselung der Antragsdaten in einen Barcode entspricht auch diese Antragsform den Bedingungen eines nur maschinell lesbaren Antrags entspr. § 690 Abs. 3 ZPO. Musterantrag (Beispiel) s. folgende Seiten.

ESW Eisenwerke GmbH

gegen Franz Schuster u.a.

- maschinell lesbare Antrag für das automatisierte Verfahren -

001 BARC0001 479616 1D45483



An das
Amtsgericht Stuttgart
Zentrales Mähngericht
70154 Stuttgart

09.02.2009

Ich beantrage, aufgrund der im beigefügten Barcode verschlüsselten Daten einen Mahnbescheid zu erlassen und in diesen die Kosten des Verfahrens aufzunehmen. Die unten aufgeführten Hinweise des Gerichts habe ich beachtet.

Absender (Antragsteller / ges. Vertreter / Prozessbevollmächtigter):

Rechtsanwälte
Hans Schnell & Otto Sauber
Dornerweg 42
70567 Stuttgart

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung versichere ich.

Ort _____ Datum _____

Unterschrift des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollm.

Hinweise des Gerichts:

1. Dieses Anschreiben muss unterschrieben und zusammen mit dem Kontrollausdruck (Seiten 2 bis 3) sowie dem anschließenden Barcode-Ausdruck (Seiten 4 bis 4) beim zuständigen Mähngericht eingereicht werden. Die Übermittlung des Antrags per Fax oder E-Mail ist unzulässig. Verwenden Sie zum Druck ausschließlich weißes Standardpapier der Größe DIN A 4 (80g/qm) und versenden Sie die Unterlagen, ohne sie zu knicken.
2. Die rechts oben angegebene Nummer (001 BARC0001 479616 1D45483) muss auf allen Seiten identisch sein, der Antrag darf nur aus 4 Seiten bestehen. Nachträgliche Ergänzungen, Veränderungen oder Streichungen des Textes oder Barcodes sind unzulässig. Bei erforderlichen Änderungen geben Sie bitte die Daten neu ein und drucken den Antrag für das Gericht erneut aus.
3. Ist eine Druckseite fehlerhaft gedruckt, verschmutzt oder nicht lesbar, so drucken Sie bitte den gesamten Antrag erneut aus.
4. Beachten Sie auch die Hinweise in der Internetanwendung www.online-mahnantrag.de zu Papier, Druck und Versand.

Die Nichtbeachtung der Hinweise gefährdet die maschinelle Lesbarkeit (§ 690 Abs. 3 ZPO) und kann damit die Bearbeitung des Antrags verzögern, zu Beanstandungen oder zur Zurückweisung führen (§ 691 ZPO).

ESW Eisenwerke GmbH

gegen Franz Schuster u.a.

- maschinell lesbare Antrag für das automatisierte Verfahren -

001 BARC0001 479616 1D45483

Verfahrenswährung: EUR

Prozessbevollmächtigter

Beauftragungsdatum: 15.03.2008
Funktion: Rechtsanwältin
Name/Bezeichnung: Hans Schnell & Otto Sauber
Straße: Dornerweg 42
PLZ/Ort/Nation: 70567 Stuttgart

Antragsteller

1. Antragsteller
Rechtsform: GmbH
Name: ESW Eisenwerke GmbH
Straße: Kanalstraße 43-47
PLZ/Ort/Nation: 71088 Holzgerlingen

1. Gesetzlicher Vertreter

Funktion: Geschäftsführer
Name: Peter Knoll

2. Gesetzlicher Vertreter

Funktion: Geschäftsführer
Name: Walter Hammer

Antragsgegner

1. Antragsgegner Antragsgegner sind Gesamtschuldner

Anrede: Herr
Vorname: Franz
Nachname: Schuster
Straße: Goethestraße 5
PLZ/Ort/Nation: 75015 Bretten

Prozessgericht

Anschrift: Amtsgericht Bretten
75015 Bretten

2. Antragsgegner

Anrede: Frau
Vorname: Gisela
Nachname: Bauer
Straße: Schillerstraße 17
PLZ/Ort/Nation: 75015 Bretten

Prozessgericht

Anschrift: Amtsgericht Bretten
75015 Bretten

c) Antragstellung mit vorgeschriebenen Vordrucken

In der Verordnung des Bundesministers der Justiz zur Einführung von Vordrucken für das Mahnverfahren bei Gerichten, die das Verfahren maschinell bearbeiten vom 6.6.1978 (BGBl. I S. 705), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Reform des Zivilprozesses vom 27.07.2001 (BGBl. I S. 1887) und die Bekanntmachung des BMJ vom 30.01.2009 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 22 vom 11.02.2009), sind besondere Vordrucke für die Verwendung bei maschineller Bearbeitung eingeführt (§ 703 c ZPO).

Bedient sich ein Antragsteller nicht des Vordrucks, der für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids eingeführt¹ ist, verwendet er z.B. den bisherigen Vordrucksatz für das nicht-maschinelle Verfahren, oder wird der Antrag per Telefax oder auf einer Kopie/Durchschrift gestellt, so muss sein Antrag nach §§ 691 Abs. 1, 703 c Abs. 2 ZPO zurückgewiesen werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Vordrucke für Folgeanträge, die im Laufe des Verfahrens gestellt werden.

Zu den Ausnahmen (§ 703 c Abs. 1 Nr. 3 und 4 ZPO) vgl. Ziffer 7.

Die Verwendung des in der Verordnung vorgesehenen Widerspruchsvordrucks empfiehlt sich im Interesse rascherer Bearbeitung, ist jedoch keine Zulässigkeitsvoraussetzung des Widerspruchs (vgl. § 692 Abs. 1 Nr. 5 ZPO).

Die Vordrucke sind jeweils mit Ausfüllhinweisen versehen. Die Hinweise zum Mahnbescheidsantrag befinden sich bei den im Handel erhältlichen Vordrucken gewöhnlich auf einem Beiblatt oder auf der Rückseite.

¹ Verbindliche Auskünfte geben die Gerichte (siehe Anhang 4, S. 86) und die Koordinierungsstelle für das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren beim Justizministerium Baden-Württemberg, Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart

4) Geschäftsnummer

Im automatisierten Mahnverfahren besteht die vom Amtsgericht vergebene Geschäftsnummer aus elf Ziffern (kein "B-Aktenzeichen" mehr), z.B.: **09-0695228-0-6**

09	-0695228	-0	-6
Jahresangabe	siebenstellige fortlaufende Nummer, am Jahresanfang mit 0000001 beginnend	Kennzeichnung des betroffenen Antragsgegners (0, wenn nur ein Antragsgegner vorhanden ist)	Prüfziffer zur Vermeidung von Erfassungsfehlern

Bei mehreren Antragsgegnern lautet die Geschäftsnummer z.B.:

09-0395078-1-4 für den ersten Antragsgegner,
09-0395078-2-2 für den zweiten Antragsgegner, usw.

Aus internen Gründen können der Geschäftsnummer Buchstaben angefügt sein; ist ein "N" angefügt, handelt es sich um ein Verfahren, das von der maschinellen Bearbeitung ausgenommen ist. Beispiel: 09-0286881-03-**N**

Näheres hierzu Seite 54, "Nicht-EDV-Fälle".

5) Kosten

Die Gerichtskosten und die Rechtsanwaltsvergütung für den Mahn- und Vollstreckungsbescheid werden vom Mahngericht maschinell ausgerechnet und in den Mahn- bzw. Vollstreckungsbescheid aufgenommen.

Der Antragsteller braucht daher diese Kosten nicht auszurechnen und in den Antrag einzutragen. Dies gilt nicht für die vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten und die hieraus auf die Rechtsanwaltsgebühr anzurechnenden Gebührenteile (explizite Angabe erforderlich).

Für das **Verfahren** über den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids wird eine Verfahrensgebühr erhoben. Das hat u.a. zur Folge, dass für jeden MB-Antrag die Gebühr erhoben wird, also auch dann, wenn der Antrag zurückgenommen wird oder das Verfahren aus anderen Gründen nicht zum Mahnbescheid führt. In diesen Fällen wird eine gesonderte Kostenrechnung erstellt.

Zustellungsauslagen werden - neben der Verfahrensgebühr - im Regelfall nicht erhoben.

Ausnahme:

Fallen in einem Mahnverfahren mehr als 10 Zustellungen an, erfolgt der Ansatz der darüber hinausgehenden Zustellungsauslagen.

Bei der Rechtsanwalts- und Rechtsbeistandsvergütung braucht der Prozessbevollmächtigte des Antragstellers nur noch von der Pauschale (Nr. 7002 VV RVG) abweichende Auslagen im Antrag anzugeben. Die Mehrwertsteuer auf die Gebühr und die Auslagen werden jedoch nur noch dann in den Mahnbescheid bzw. Vollstreckungsbescheid aufgenommen, wenn der Prozessbevollmächtigte erklärt hat, dass der Antragsteller nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist (Ankreuzfeld Zeile 46 des Mahnbescheidsantrags).

Für den Erlass des Mahnbescheids entfällt im maschinellen Mahnverfahren das Erfordernis, einen Vorschuss auf die Gerichtskosten zu leisten (§ 12 Abs. 3 GKG).

Auf dem Antrag sind daher **keine** Gebührenmarken oder Freistempel anzubringen; auch ausgefüllte Schecks über die Gerichtskosten sind dem Antrag **nicht** beizufügen.

Zur Höhe der Gebühr siehe Anhang 1, Seite 81.

6) Antragsteller mit Sitz/Wohnsitz im Ausland

Für Antragsteller mit dem Sitz oder Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist seit dem 12.12.2008 das Amtsgericht Wedding in 13343 **Berlin** ausschließlich zuständig (§ 689 Abs. 2 Satz 2 ZPO).

7) Zustellung (an Antragsgegner) im Ausland oder nach dem NATO-Truppenstatut

Mahnverfahren werden **nicht maschinell** bearbeitet, wenn der Mahnbescheid im Ausland oder nach den Vorschriften des NATO-Truppenstatuts an Angehörige der Stationierungsstreitkräfte in der Bundesrepublik zugestellt werden muss. Die mit der Einführung der maschinellen Bearbeitung zeitlich verbundene Konzentration der Mahnsachen bei den zuständigen Amtsgerichten (§ 689 Abs. 3 ZPO) erstreckt sich auch auf die Fälle, in denen der Mahnbescheid nach den Vorschriften des NATO-Truppenstatuts zuzustellen ist.

Ist der Mahnbescheid im Ausland zuzustellen, so richtet sich die Zuständigkeit für das Mahnverfahren nicht nach dem Sitz oder Wohnsitz des Antragstellers, sondern nach dem Amtsgericht, das für ein Streitiges Verfahren zuständig sein würde (§ 703 d Abs. 2 ZPO); ist dieses ein Gericht, für das die maschinelle Bearbeitung eingeführt wurde, so muss der Mahnbescheid ebenfalls bei diesem zentralen Gericht beantragt werden. Unabhängig von der gerichtlichen Zuständigkeit findet bei erforderlicher Zustellung des Mahnbescheids im Ausland das **Mahnverfahren nur** statt, wenn der Antragsgegner seinen Sitz/Wohnsitz in den folgenden Ländern hat:

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Zypern.

Da die Verfahren bei den Amtsgerichten nicht maschinell bearbeitet werden, gelten die zusammengestellten Besonderheiten maschineller Bearbeitung nicht. Besonders zu beachten ist:

- Da für diese Verfahren keine besonderen Vordrucke entspr. § 703 c Abs. 1 Nr. 3 und 4 ZPO eingeführt sind, können auch die zugelassenen Antragsformen für das automatisierte Mahnverfahren verwendet werden.
- Die Vorschusspflicht bleibt bestehen (§ 12 Abs. 3 GKG) und erstreckt sich gegebenenfalls auch auf Übersetzungskosten, Prüfungsgebühren und Auslagen für die Durchführung der Zustellungen im Ausland.
- Die Verfahren erhalten das für herkömmliche Bearbeitung vorgesehene "B-Aktenzeichen".

8) Zulässige Vordrucke

- Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids (grün): Fassung **01.05.2007** , Zugelassen bis 30. Juni 2009
- Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids (grün): Fassung **01.01.2009**

Ältere Vordruckfassungen sind nicht mehr zulässig. Unzulässig ist außerdem seit dem 1. Januar 2009 die Verwendung des einseitigen **roten** Antrags auf Erlass eines Mahnbescheids („Kurzform“)!

Hinweis: Seit dem 1. 12. 2008 dürfen Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister Anträge auf Erlass eines Mahnbescheids nur noch in einer **nur** maschinell lesbaren Form stellen (2. Justizmodernisierungsgesetz vom 22.12.2006 und Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12.12.2007); zulässige Antragsformen s. a. Seiten 59 - 61 dieser Broschüre.

II. Ablauf des Verfahrens

Die folgende Darstellung der Besonderheiten im Ablauf des maschinellen Verfahrens orientiert sich in erster Linie an den durch die Verordnung des Bundesministers der Justiz - auch bezüglich Format und Farben - festgelegten Vordrucken (siehe Seite 9 und Anhang 3, Seite 83). In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Vordrucken um Belege handelt, die grundsätzlich ohne Vorprüfung durch den Rechtspfleger zur Erfassung gelangen oder maschinell gelesen werden.

1) Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

a) Format des Vordrucks

Der Vordruck ist zweiseitig; die Farbe ist grün. Das Format ist DIN A 4-ähnlich (Länge 12 Zoll) oder DIN A 4. Neben der Ausführung in einem Blatt mit bedruckter Vor- und Rückseite sind folgende Ausführungen zulässig und im Handel:

- Die beiden Seiten liegen untereinander (Gesamtlänge 24 Zoll, besonders geeignet für EDV-Anwender),
- die beiden Seiten liegen nebeneinander (DIN A 3-ähnlich).

Ein Wenden des Blattes beim Ausfüllen erübrigt sich bei diesen beiden Ausführungen.

Zu dem Antrag ist ein besonderes Hinweisblatt (Ausfüllhinweise) erhältlich.

Muster (verkleinerte Darstellung): Seiten 16 und 17.

b) Form des Vordrucks

Der Antrag ist lediglich in einfacher Fertigung einzureichen (grünes Exemplar - das graue Exemplar ist als Durchschrift für die eigenen Akten vorgesehen).

Es darf in jedem Fall nur ein Antragsvordruck verwendet werden, also auch dann, wenn sich der Antrag gegen mehrere Antragsgegner richtet.

Die im Vordruck vorgesehenen Angaben entsprechen den gesetzlichen Erfordernissen. Nähere Angaben können im automatisierten Verfahren nicht berücksichtigt werden:

Fügen Sie deshalb dem Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids <u>keine Beweismittel</u> (z.B. Belege, Rückschecks etc.) bei! Diese müssten ungeprüft zurückgesandt werden.
--

Ausfüllbeispiele sind im Teil IV ab Seite 64 vorhanden.

Falls für einzelne Angaben der vorgesehene Platz nicht ausreicht (z.B., wenn mehr als zwei natürliche Personen als Antragsgegner vorhanden sind), ist für die nicht unterzubringenden Angaben ein gesondertes, nicht farbiges Blatt an den Vordruck **anzuheften** (vgl. hierzu Hinweise zum Vordruck für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids).

Die Mahnabteilungen der Amtsgerichte stellen zum Teil zu diesem Zweck ein "**Ergänzungsblatt**" zur Verfügung, das in der Reihenfolge und Systematik dem Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids entspricht.

Muster Ergänzungsblatt: Seite 20.

Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

Raum für Vermerke des Gerichts

– Nicht verwendbar für Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister –

Zeilen-
Nummer

Datum des Antrags

B

Bitte beachten Sie die Ausfüllhinweise!

1

Antragsteller

Bei mehreren Antragstellern: Es wird versichert, dass der in Spalte 1 Bezeichnete bevollmächtigt ist, die weiteren zu vertreten.

Spalte 1

1 = Herr
 2 = Frau

Vorname

Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Spalte 2

Weiterer Antragsteller

1 = Herr
 2 = Frau

Vorname

Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Spalte 3 Nur Firma, juristische Person u. dgl. als Antragsteller

Rechtsform, z. B. GmbH, AG, OHG, KG

3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH u. Co KG

sonst Rechtsform:

Vollständige Bezeichnung

Fortsetzung von Zeile 9

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Gesetzlicher Vertreter

Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist

Stellung (z. B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)

Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist

Stellung

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Antragsgegner

Antragsgegner sind Gesamtschuldner

Spalte 1

1 = Herr
 2 = Frau

Vorname

Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Spalte 2

Weiterer Antragsgegner

1 = Herr
 2 = Frau

Vorname

Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Spalte 3 Nur Firma, juristische Person u. dgl. als Antragsgegner

Rechtsform, z. B. GmbH, AG, OHG, KG

3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH u. Co KG

sonst Rechtsform:

Vollständige Bezeichnung

Fortsetzung von Zeile 24

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Gesetzlicher Vertreter

Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist

Stellung (z. B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)

Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist

Stellung

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

Bezeichnung des Anspruchs

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog-Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32						
33						
34						
35	Postleitzahl	Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90	Ausl. Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		-Vertrag

Sonstiger Anspruch – nur ausfüllen, wenn im Katalog nicht vorhanden – mit Vertrags-/Lieferdatum/Zeitraum vom ... bis ...

36	Fortsetzung von Zeile 36			vom	bis	Betrag EUR
37						

Nur bei Abtretung oder Forderungsübergang:

38	Früherer Gläubiger – Vor- und Nachname, Firma (Kurzbezeichnung)			Datum	Seit diesem Datum ist die Forderung an den Antragsteller abgetreten/auf ihn übergegangen.	
39				Postleitzahl	Ort	Ausl. Kz.

IIa. Laufende Zinsen

Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Zinssatz %	oder %-Punkte über Basiszinssatz	1 = jährl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben.	
			2 = mtl.		3 = tägl.	ab oder vom
40			<input type="checkbox"/>			
41			<input type="checkbox"/>			
42			<input type="checkbox"/>			

IIb. Ausgerechnete Zinsen

Gemäß dem Antragsgegner mitgeteilter Berechnung für die Zeit vom ... bis ... Betrag EUR

III. Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren

43	Vordruck/Porto Betrag EUR	Sonstige Auslagen Betrag EUR	Bezeichnung
----	---------------------------	------------------------------	-------------

IV. Andere Nebenforderungen

44	Mahnkosten Betrag EUR	Auskünfte Betrag EUR	Bankrücklastkosten Betrag EUR	Inkassokosten Betrag EUR	Anwaltsvergütung für vorgerichtl. Tätigkeit Betrag EUR	Sonstige Nebenforderung Betrag EUR	Bezeichnung
----	-----------------------	----------------------	-------------------------------	--------------------------	--	------------------------------------	-------------

Ein Streitiges Verfahren wäre durchzuführen vor dem

1 = Amtsgericht
 2 = Landgericht
 3 = Landgericht – KfH
 6 = Amtsgericht – Familiengericht
 8 = Sozialgericht

Postleitzahl Ort

in

Im Falle eines Widerspruchs beantrage ich die Durchführung des Streitigen Verfahrens.

Prozessbevollmächtigter des Antragstellers

3 = Rechtsbeistand
 4 = Herr, Frau
 9 = Verbraucherzentrale, -verband

Vor- und Nachname/Bezeichnung

Betrag EUR

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung versichere ich.

Bei Rechtsbeistand: Anstelle der Auslagenpauschale (Nr. 7002 VV RVG) werden die nebenstehenden Auslagen verlangt, deren Richtigkeit versichert wird.

Der Antragsteller ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! – Postleitzahl Ort Ausl. Kz.

IBAN oder: Bankleitzahl Konto-Nr. BIC (Bank Identifier Code)

Von Kreditgebern (auch Zessionar) zusätzlich zu machende Angaben bei Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag (§§ 491 bis 504 BGB):

Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins	Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins	Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins
50								

Geschäftszeichen des Antragstellers/Prozessbevollmächtigten

An das
Amtsgericht Stuttgart
 – Mahnabteilung –

Ich erkläre, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, die bereits erbracht wurde oder nicht von einer Gegenleistung abhängt. Ich beantrage, einen Mahnbescheid zu erlassen und in diesen die Kosten des Verfahrens aufzunehmen.

70154 Stuttgart

Postleitzahl, Ort

Unterschrift des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollmächtigten

Hinweise zum Vordruck für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids (Ausfüllhinweise)

Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister dürfen diesen Vordruck **nicht** verwenden (§ 690 Abs. 3 ZPO).

Im gerichtlichen Mahnverfahren können Sie schnell und einfach einen Vollstreckungstitel (Vollstreckungsbescheid) über eine Geldforderung erwirken, wenn Einwendungen Ihres Antragsgegners nicht zu erwarten sind. Bevor Sie einen Mahnbescheid beantragen, sollten Sie prüfen, ob Sie dem Antragsgegner Ihre Forderungen in klarer, übersichtlicher Form in Rechnung gestellt haben. Holen Sie dies nötigenfalls nach. Sonst könnte der Antragsgegner dem Mahnbescheid allein deshalb widersprechen, weil er nicht nachprüfen kann, welche Beträge für welche Leistungen im Einzelnen Sie von ihm verlangen.

Bitte füllen Sie den Vordruck **gut lesbar** in Blockschrift oder maschinell aus. In **Kästchen** mit **schwarzem** Pfeil zutreffende Nummer, in Kästchen mit **weißem** Pfeil zutreffendenfalls ein X eintragen. Mit der **Schreibmaschine** erreichen Sie nach Einstellung der ersten Schreibzeile in zweifacher Grundzeilenschaltung jedes Kästchen. Eine versehentlich unrichtige Eintragung bitte eindeutig ungültig machen oder unmissverständlich berichtigen. Achten Sie bitte darauf, dass sich alle Eintragungen innerhalb der entsprechenden Felder befinden.

Die im Vordruck vorgesehenen Angaben entsprechen den gesetzlichen Erfordernissen. Nähere Angaben können im automatisierten Verfahren nicht berücksichtigt werden: Fügen Sie deshalb dem Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids **keine Beweismittel** (z. B. Belege) bei, **sie müssten Ihnen ungeprüft zurückgesandt** werden.

Wenn der im Vordruck vorgesehene Raum nicht ausreicht, können Sie weitere **Antragsteller, Antragsgegner, gesetzliche Vertreter, Hauptforderungen, Zinsen, Nebenforderungen und Prozessgerichte bei mehreren Antragsgegnern sowie einen Prozessbevollmächtigten des Antragsgegners** auf einem gesonderten Blatt aufführen. Machen Sie die Angaben in der Reihenfolge und Systematik des Vordrucks und verwenden Sie bitte zur jeweiligen Kennzeichnung die im Vordruck enthaltenen Abschnittsüberschriften. Ergänzungsblatt mit dem Vordruck bitte **fest** verbinden.

Antragsteller, Antragsgegner (Zeilen 2 bis 31, 49)

In den mit **Spalte 1 und 2** überschriebenen Feldern können jeweils zwei **natürliche Personen (Herr, Frau)** als Antragsteller (Zeilen 3 bis 7) bzw. Antragsgegner (Zeilen 18 bis 22) bezeichnet werden. Das mit **Spalte 3** überschriebene Feld ist der Bezeichnung von **Firmen, juristischen Personen u. dgl.** als Antragsteller (Zeilen 8 bis 11) bzw. Antragsgegner (Zeilen 23 bis 26) vorbehalten. Ist für den Antragsteller eine **Kennziffer** erteilt worden, ist diese in Zeile 9 einzutragen. Weitere Angaben zum Antragsteller dürfen in diesem Fall nicht gemacht werden.

Nur für Ehegatten: Bei gleichem Namen und gleicher Anschrift genügen zur Bezeichnung des anderen Ehegatten in Spalte 2 die Angabe Herr bzw. Frau und die Eintragung des Vornamens.

Nur für Firma, juristische Person u. dgl.: In Spalte 3 dient die Angabe in der jeweils ersten Zeile (Zeile 8 bzw. 23) der maschinellen Unterscheidung der Firma des Einzelkaufmanns (**Einzelfirma**) von der **GmbH u. Co KG** und von sonstigen mit ihrer **Rechtsform** zu bezeichnenden Parteien. Bitte verwenden Sie bei Angabe der Rechtsform die gebräuchlichen Abkürzungen: *e. V., OHG, KG, GmbH, AG, e. G., VVaG usw.*

Nur für Einzelfirma: Bitte geben Sie in Zeile 9, 10 bzw. 24, 25 die im Handelsregister eingetragene Bezeichnung *mit dem Zusatz »eingetragener Kaufmann« oder »e. K.«* an. Ohne Eintragung im Handelsregister beim Amtsgericht muss die Eintragung als natürliche Personen (**Herr, Frau**) in Zeilen 3 bis 7 bzw. 18 bis 22 erfolgen, bei Bedarf mit einem auf das Gewerbe hinweisenden Zusatz hinter dem Nachnamen.

Nur für GmbH u. Co KG u. ä.: Bitte tragen Sie die **KG** in Spalte 3, die **GmbH** (ohne die Angabe Herr/Frau) in Spalte 1 oder 2 und den **gesetzlichen Vertreter der GmbH** (Geschäftsführer) in Zeile 12 bis 16 bzw. 27 bis 31 ein. Verfahren Sie in gleicher Weise bei AG u. Co KG, bei OHG u. Co KG usw.; tragen Sie jedoch in diesen Fällen die Rechtsform bitte in Zeile 8 bzw. 23 ein.

Nur für Partei kraft Amtes: Bitte die Partei kraft Amtes in Spalte 1 oder 2, das betreute Vermögen in Zeile 9 bis 11 bzw. Zeile 24 bis 26, die Funktion (z. B. Insolvenzverwalter, Nachlassverwalter) in Zeile 8 bzw. Zeile 23 unter Rechtsform eintragen.

Nur bei gesetzlicher Vertretung: Bitte geben Sie in Zeile 15, 16 bzw. Zeile 30, 31 Straße und Ort nur an, wenn diese Angaben von der Anschrift des Vertretenen abweichen. Bei mehreren Antragstellern oder Antragsgegnern bitte in Zeile 12 bzw. Zeile 27 die Nummer der Spalte eintragen, in der der Vertretene bezeichnet ist.

Nur bei mehreren Antragstellern: Soll abweichend von der vorgedruckten Erklärung in Zeile 2 keiner der Antragsteller zur Vertretung der weiteren Antragsteller berechtigt sein, so teilen Sie dies bitte auf einem besonderen, mit dem Vordruck fest verbundenen Blatt mit.

Wohnungseigentumssachen. Sie können Ihre Rechte als **Gemeinschaft der Wohnungseigentümer, als Wohnungseigentümer** oder durch den **Verwalter als Prozessstandschafter** geltend machen:

Wohnungseigentümergeinschaft als Antragsteller: Die Wohnungseigentümergeinschaft als solche mit genauer Angabe des Grundstücks, auf dem die Wohnanlage sich befindet (z. B. Straße, Hausnummer, PLZ und Ort) unter Angabe der Rechtsform »Wohnungseigentümergeinschaft« **stets** in **Spalte 3** bezeichnen und den gesetzlichen Vertreter (Verwalter/Eigentümer) bitte in Zeile 12–16 eintragen. Ist der Verwalter eine juristische Person, tragen Sie bitte die Verwaltungsgesellschaft in **Spalte 1**, Zeile 4–7 ein und den gesetzlichen Vertreter der Verwaltungsgesellschaft in Zeile 12–16. Ergänzen Sie bitte in diesem Fall in Zeile 8 die Angabe »WEG« um den Zusatz »vertreten durch Verwalter-<Rechtsform>«, z. B. »WEG, vertreten durch Verwalter-GmbH«.

Wohnungseigentümer als Antragsteller: Ersten und zweiten Wohnungseigentümer bitte in Spalte 1, 2 bezeichnen, die weiteren in einer mit dem Antrag fest verbundenen Liste. Den **zur gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs ermächtigten** Verwalter (nat. oder jur. Person) **stets** in Spalte 3 eintragen, und zwar in Zeile 8 unter Rechtsform seine Funktion (**Verwalter, Verwalterin**), ggf. zusammen mit der Rechtsform (z. B. **GmbH-Verwalterin**), in Zeile 9, 10 Vor- und Nachnamen bzw. vollständigen Namen der jur. Person, in Zeile 11 die Anschrift und in Zeile 12 bis 16 den gesetzlichen Vertreter einer in Spalte 3 bezeichneten Verwaltungsgesellschaft.

Verwalter als Prozessstandschafter: Ist der Verwalter zur Geltendmachung des Anspruchs in **eigenem** Namen berechtigt, ist die **Wohnungseigentümergeinschaft/sind die Wohnungseigentümer nicht** zu bezeichnen; bitte den Verwalter zusammen mit der Rechtsform »Verwalter« in Spalte 3 eintragen, bei juristischen Personen ggf. zusammen mit deren Rechtsform (»GmbH-Verwalter«) und den gesetzlichen Vertreter der Verwaltungsgesellschaft in die Zeilen 12–16.

Ansprüche Dritter gegen eine Wohnungseigentümergeinschaft/ gegen Wohnungseigentümer: Geben Sie bitte in Zeile 45 den gemeinsamen Gerichtsstand für ein etwaiges Streitiges Verfahren an. Bezeichnen Sie im Antrag eine **Wohnungseigentümergeinschaft oder Wohnungseigentümer** so unter »Antragsgegner«, wie oben unter »Wohnungseigentümergeinschaft als Antragsteller« bzw. »Wohnungseigentümer als Antragsteller« entsprechend beschrieben.

Angabe akademischer Titel: Akademische Titel können dem Vornamen (Zeilen 4, 19) vorangestellt werden.

Nur für Antragsteller mit Wohnsitz/Sitz im Ausland: In Zeile 7, 11, 16 bitte das Nationalitätskennzeichen im internationalen Kraftfahrzeugverkehr angeben. Bitte beachten Sie die Zuständigkeit des Amtsgerichts **Wedding** in Berlin.

Nur für Antragsgegner mit Wohnsitz/Sitz im Ausland: In Zeile 22, 26, 31 bitte das Nationalitätskennzeichen (s. beim Antragsteller) angeben. Die besondere Zuständigkeit des Mahngerichts (§ 703 d ZPO) ist zu begründen.

Zusatz zum Nachnamen des Antragsgegners: In Zeile 20 können dem Nachnamen nach einem Komma der **Beruf** oder andere Zusätze wie *sen., jun.* hinzugefügt werden, soweit dies zur Vermeidung von Personenverwechslungen bei der Zustellung nötig ist.

Bankverbindung (Zeile 49): Ihre Bankverbindung können Sie, wenn kein Prozessbevollmächtigter vorhanden ist, in der Zeile 49 angeben.

Bezeichnung des Anspruchs (Zeilen 32 bis 44)

Haupt- und Nebenforderungen müssen gesondert und einzeln bezeichnet werden.

Hauptforderung (Zeilen 32 bis 39)

Zur Bezeichnung Ihrer Hauptforderung tragen Sie bitte aus dem Hauptforderungskatalog (siehe Rückseite dieser Hinweise) die zutreffende **Katalog-Nr.** in die erste Spalte der Zeile 32 ein. In der zweiten Spalte geben Sie an, in welcher Form Sie Ihre Forderung dem Antragsgegner mitgeteilt haben (z. B. »Rechnung«, »Mahnung«, »Kontoauszug«). Sie können eine allgemein verständliche Abkürzung eintragen. Für eine etwaige Rechnungs- oder Kontonummer ist in der Zeile die dritte Spalte und für das Datum die vierte Spalte vorgesehen. Wenn Sie einen Anspruch für einen bestimmten Zeitraum geltend machen (z. B. Miete für die Zeit vom ... bis ...), ist in der vierten Spalte (»vom«) der Beginn dieses Zeitraums und in der vorletzten Spalte (»bis«) dessen Ende einzutragen. In der letzten Spalte folgt der Betrag der Hauptforderung. Die Zeilen 33 und 34 sind für weitere Hauptforderungen vorgesehen. In Zeile 36, 37 soll nur eine Hauptforderung eingetragen werden, die im Katalog nicht aufgeführt ist.

Nur für Urkundenmahnverfahren: Tragen Sie bitte bei Wahl dieser besonderen Verfahrensart in Zeile 36 das Wort »**Urkundenmahnverfahren**« ein und bezeichnen Sie anschließend die Urkunde sowie die Hauptforderung mit Datum und Betrag.

Nur für Scheck- und Wechselmahnverfahren: Die Hauptforderung in Zeile 32 bis 34 bitte mit entsprechender Nummer des Hauptforderungskatalogs (Nr. 30 bis 32) bezeichnen und zusätzlich in Zeile 36 das Wort »**Scheckmahnverfahren**« bzw. »**Wechselmahnverfahren**« eintragen.

Laufende Zinsen (Zeilen 40 bis 42)

Machen Sie Zinsen geltend, so tragen Sie bitte die **Zeilennummer** (32, 33, 34 oder 36) der Hauptforderung, für die Sie Zinsen fordern, in die dafür vorgesehenen Spalten ein. In der gleichen Weise ist zu verfahren, wenn Sie für eine Hauptforderung oder einen Teil davon unterschiedliche Zinssätze geltend machen wollen; wiederholen Sie für jeden Zinssatz die **Zeilen-Nr.** der betreffenden Hauptforderung.

In die Spalte »ab oder vom« ist dann eine Datumsangabe einzutragen, wenn Sie Zinsen geltend machen wollen, die vor der Zustellung des Mahnbescheids entstanden sind. Wenn Sie die Spalte »ab oder vom« nicht ausfüllen, wird vom Zustellungsdatum des Mahnbescheids als Zeitpunkt des Zinsbeginns ausgegangen. Zusätzlich ist eine Datumsangabe »bis« nur erforderlich, wenn Sie Zinsen von verschiedenen Hauptforderungsteilen oder mit unterschiedlichen Prozentsätzen über mehrere Zeiträume geltend machen wollen. Aus den von Ihnen in Zeile 40, 41 und 42 gemachten Angaben werden die Zinsbeträge grundsätzlich maschinell errechnet, und zwar bis zum Tage des Erlasses des Mahnbescheids.

Ausgerechnete Zinsen (Zeile 43 erste Hälfte)

Sie können die Zinsen auch für verschiedene Zeiträume, verschiedene Hauptforderungen und unterschiedliche Zinssätze ausrechnen und hier eintragen. **Bitte teilen Sie die Berechnung – falls nicht bereits geschehen – dem Antragsgegner mit** (siehe allg. Hinweis oben erster Absatz).

Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren

(Zeile 43 zweite Hälfte)

Die in den Mahnbescheid aufzunehmenden Gerichts- und Anwaltskosten (Rechtsbeistandskosten) berechnet das Gericht. Hier sind daher *nur andere Auslagen* des Antragstellers anzugeben, und zwar *nur solche, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des Mahnverfahrens stehen und zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig sind*.

Andere Nebenforderungen (Zeile 44)

Hier können Sie insbes. durch den Verzug des Antragsgegners entstandene *vorgerichtliche* Kosten angeben.

Bezeichnung des für ein Streitiges Verfahren zuständigen Gerichts (Zeile 45)

Die im Kästchen am Zeilenbeginn anzugebende Schlüssel-Nr. bezeichnet das Gericht nach der **sachlichen**, die Ortsangabe in dem folgenden Feld nach der **örtlichen** Zuständigkeit. *Sachlich* zuständig ist für Ansprüche bis 5000 EUR, für Ansprüche aus Wohnraummietverhältnissen und für Unterhaltsansprüche das Amtsgericht, sonst grundsätzlich das Landgericht. *Örtlich* ist grundsätzlich das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Antragsgegner wohnt bzw. seinen Sitz hat. Abweichend von diesen Grundsätzen kann eine *besondere* oder *ausschließliche* Zuständigkeit begründet sein. Hierzu sollten Sie im Einzelfall *Rechtsrat* einholen. Haben Sie ein unzuständiges Gericht angegeben, drohen Ihnen *Kostennachteile*.

Prozessbevollmächtigter (Zeilen 46 bis 49)

Nur für Rechtsbeistand: Ihre in den Mahnbescheid aufzunehmende gesetzliche Vergütung berechnet das Gericht.

Nur für juristische Person als Prozessbevollmächtigter: Bitte beantragen Sie eine Kennziffer bei dem für das Mahnverfahren zuständigen Gericht.

Bankverbindung (Zeile 49): Für den Fall, dass Ihnen die vollständige IBAN-/BIC-Nummer unbekannt ist, können Sie BLZ und Konto-Nr. auch separat in die dafür vorgesehenen Felder eintragen.

Hinweis: Ab 1. 12. 2008 dürfen *Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister* Anträge auf Erlass eines Mahnbescheids in **nur** maschinell lesbarer Form stellen (§ 690 Abs. 3 ZPO).

Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag nach den §§ 491 bis 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

(Zeile 50)

In der Zeile muss sich *nur der Kreditgeber*, bei abgetretenem Anspruch der *Zessionar*, erklären. Einzutragen sind die *Zeilen-Nr. der Hauptforderung*, der nach den §§ 492, 502 BGB anzugebende *effektive oder anfängliche effektive Jahreszins* und das *Datum des Vertrages*, in den Fällen des § 493 BGB (Überziehungskredit) *nur die Zeilen-Nr. der Hauptforderung*.

Zuständigkeit für das Mahnverfahren (Zeile 53)

Zuständig ist in der Regel das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz/Sitz hat. Bitte beachten Sie die im Lande geltenden Verordnungen, die die Mahnverfahren aus den Bezirken mehrerer oder aller Amtsgerichte des Landes einem bestimmten Gericht zuweisen. Haben Sie Ihren Wohnsitz/Sitz im Ausland, ist für das Mahnverfahren das Amtsgericht *Wedding* in Berlin zuständig.

Hauptforderungs-Katalog

(Die Hinweise in Klammern bitte unbedingt beachten.)

Bezeichnung	Katalog-Nr.	Bezeichnung	Katalog-Nr.
Anzeigen in Zeitungen u. a.	1	Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandshonorar	24
Ärztliche oder zahnärztliche Leistung	2	Reisevertrag	75
Beiträge zur privaten Pflegeversicherung (Zuständigkeit des Sozialgerichts für das Streitige Verfahren.)	95	Rentenrückstände	25
Bürgschaft	3	Reparaturleistung	26
Darlehensrückzahlung	4	Rückgriff aus Bürgschaft oder Garantie	80
Dienstleistungsvertrag	5	Rückgriff aus Versicherungsvertrag wegen Unfall/Vorfall	27
(Keine Ansprüche aus Arbeitsvertrag – Zuständigkeit des Arbeitsgerichts.)		Schadenersatz aus -Vertrag (Die Vertragsart ist im Vordruck Zeile 35 zweite Hälfte einzutragen.)	28
Frachtkosten	6	Schadenersatz aus Unfall/Vorfall	29
Geschäftsbesorgung durch Selbständige (z. B. Rechtsanwälte, Steuerberater.)	7	Scheck/Wechsel (Fügen Sie bitte keine Scheck-/Wechselabschrift bei.)	30
Handwerkerleistung	8	Scheck-/Wechselprovision (1/8 %)	31
Hausgeld – siehe Wohngeld		Scheck-/Wechselunkosten – Spesen/Protest –	32
Heimunterbringung	9	Schuldanerkenntnis	33
Hotelkosten (z. B. Übernachtung, Verzehr, Getränke.)	10	Speditionskosten	34
Kaufvertrag	11	Telekommunikationsleistungen	76
Kindertagesstättenbeitrag (Zeitraum vom – bis angeben)	70	Tierärztliche Leistung	78
Kontokorrentabrechnung	12	Tilgungs-/Zinsraten	35
Krankenhauskosten – Pflege/Behandlung –	13	Überziehung des Bankkontos (Konto-Nr. in Zeile 32–34 in der 3. Spalte angeben.)	36
Krankentransportkosten	77	Ungerechtfertigte Bereicherung	37
Kreditkartenvertrag	74	Unterhaltsrückstände	38
Lagerkosten	14	Vergleich, außergerichtlicher Vermittlungs-/Maklerprovision (nicht aus Ehemaklervertrag)	39
Leasing/Mietkauf	15	Verpflegungskosten	79
Lehrgangs-/Unterrichtskosten	16	Versicherungsprämie/-beitrag (ohne Beiträge zur privaten Pflegeversicherung, vgl. Nr. 95.)	41
Miete für Geschäftsraum einschl. Nebenkosten (PLZ und Ort des Geschäftsraums sind im Vordruck in Zeile 35 einzutragen.)	17	Versorgungsleistung – Strom, Wasser, Gas, Wärme – (Abn./Zähler-Nr. in Zeile 32–34 in der 3. Spalte eintragen.)	42
Miete für Kraftfahrzeug	18	Wahlleistungen bei stationärer Behandlung (Art der Wahl. in Zeile 32–34 in der 2. Spalte eintragen.)	61
Miete für Wohnraum einschl. Nebenkosten (PLZ und Ort der Wohnung sind im Vordruck Zeile 35 einzutragen. Wollen Sie die Nebenkosten getrennt geltend machen, siehe Katalog-Nr. 20.)	19	Warenlieferung-en	43
Mietnebenkosten – auch Renovierungskosten – (nur für Wohnraum; falls keine Miete geltend gemacht wird, sind PLZ und Ort der Wohnung im Vordruck Zeile 35 einzutragen.)	20	Wechsel – siehe Scheck	
Miete (sonstige)	21	Werkvertrag/Werklieferungsvertrag	44
Mitgliedsbeitrag	22	Wohngeld/Hausgeld für Wohnungseigentümergeinschaft (PLZ und Ort des Wohnungseigentums sind im Vordruck in Zeile 35 einzutragen.)	90
Pacht	23	Zeitungs-/Zeitschriftenbezug	45
Pflegeversicherung – siehe Beiträge zur privaten Pflegevers.		Zinsrückstände/Verzugszinsen (Gilt grundsätzlich nur für Zinsen, bei denen die zugrunde- liegende Forderung nicht gleichzeitig geltend gemacht wird. Zinsen in diesen Fällen nicht in Zeile 40–43 bezeichnen.)	46

Ergänzungsblatt

Bitte mit dem Antrag
fest verbinden

zum Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids
für das maschinelle Verfahren (nur grüner Vordruck)

Zeilen-
Nummer

Weiterer Antragsteller		Weiterer Antragsteller	
Spalte 1		Spalte 2	
<input type="checkbox"/> 1 = Herr <input type="checkbox"/> 2 = Frau	<input type="checkbox"/> 1 = Herr <input type="checkbox"/> 2 = Frau		
Vorname		Vorname	
Nachname		Nachname	
Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
	Ausl. Kz.		Ausl. Kz.
Spalte 3 Nur Firma, juristische Person u. dgl. als Antragsteller		Rechtsform, z. B. GmbH, AG, OHG, KG	
<input type="checkbox"/> 3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH u. Co KG	sonst Rechtsform:		
Vollständige Bezeichnung			
Fortsetzung von Zeile 9			
Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
	Ausl. Kz.		Ausl. Kz.
Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)		Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)	
Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist		Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	
Stellung (z. B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)		Stellung	
Vor- und Nachname		Vor- und Nachname	
Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
	Ausl. Kz.		Ausl. Kz.
Weiterer Antragsgegner		Weiterer Antragsgegner	
Spalte 1		Spalte 2	
<input type="checkbox"/> 1 = Herr <input type="checkbox"/> 2 = Frau	<input type="checkbox"/> 1 = Herr <input type="checkbox"/> 2 = Frau		
Vorname		Vorname	
Nachname		Nachname	
Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
	Ausl. Kz.		Ausl. Kz.
Spalte 3 Nur Firma, juristische Person u. dgl. als Antragsgegner		Rechtsform, z. B. GmbH, AG, OHG, KG	
<input type="checkbox"/> 3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH u. Co KG	sonst Rechtsform:		
Vollständige Bezeichnung			
Fortsetzung von Zeile 24			
Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
	Ausl. Kz.		Ausl. Kz.
Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)		Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)	
Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist		Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	
Stellung (z. B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)		Stellung	
Vor- und Nachname		Vor- und Nachname	
Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
	Ausl. Kz.		Ausl. Kz.

EMA1 / 5 BW

Weitere **Bezeichnung des Anspruchs**

Ergänzungsblatt

zum Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ) vom	bis	Betrag EUR	
	32						
33							
34							
34	Postleitzahl	Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90	Ausl. Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28			
35							-Vertrag

Sonstiger Anspruch – nur ausfüllen, wenn im Katalog nicht vorhanden – mit Vertrags-/Lieferdatum/Zeitraum vom ... bis ...

Zeilen- Nummer	Fortsetzung von Zeile 36	vom	bis	Betrag EUR
36				
37				

Nur bei Abtretung oder Forderungsübergang:

Früherer Gläubiger – Vor- und Nachname, Firma (Kurzbezeichnung) Datum Postleitzahl Ort Ausl. Kz. Seit diesem Datum ist die Forderung an den Antragsteller abgetreten/auf ihn übergegangen.

IIa. Laufende Zinsen

Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Zinssatz %	oder %-Punkte über Basiszinssatz	1 = jährl. 2 = mtl. 3 = tägl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben.	
					ab oder vom	bis
40						
41						
42						

Weiteres Prozessgericht

(nur bei mehreren Antragsgegnern, sofern verschiedene Prozessgerichte zuständig sind)

Ein **streitiges Verfahren** wäre durchzuführen vor dem

- 1 = Amtsgericht
- 2 = Landgericht
- 3 = Landgericht – KfH
- 6 = Amtsgericht – Familiengericht
- 8 = Sozialgericht

in Postleitzahl Ort

Zusatzangaben bei Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag

Von **Kreditgebern (auch Zessionar)** zusätzlich zu machende Angaben bei Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag (§§ 491 bis 504 BGB):

Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins	Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins	Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins

VERMERKE DES GERICHTS

Dezernat:	
Schlüssel:	
Eing.datum:	
Betrag Schl. 16/17:	
Bearb.datum	Unterschr. Rpfl./UdG.

Ergänzungsblatt

zum Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids
für das maschinelle Verfahren (nur grüner Vordruck)

Bitte mit dem Antrag **fest verbinden**

c) Rücknahme eines Antrags auf Erlass eines Mahnbescheids

Das maschinelle Mahnverfahren ist ein schnelles Verfahren. Die meisten Anträge werden am Eingangstag oder am darauffolgenden Werktag erledigt. Deshalb besteht regelmäßig keine zeitliche Möglichkeit, einen Mahnbescheidsantrag bzw. das Mahnverfahren **vor Erlass** des Mahnbescheids zurückzunehmen.

Die Rücknahme muss schriftlich erfolgen.

Sofern dem Antragsteller die Geschäftsnummer des Gerichts nicht bekannt ist (weil sie erst nach maschineller Bearbeitung des Antrags auf Erlass des Mahnbescheids mitgeteilt wird), müssen in der Rücknahme die vollständigen -identischen- Parteienbezeichnungen des MB-Antrags angegeben sein, damit ein maschineller Abgleich zur Auffindung des elektronisch gespeicherten Mahnverfahrens erfolgreich ist. Es wird auch empfohlen, der Rücknahmeerklärung eine **Kopie des beantragten Mahnbescheids** beizufügen, die neben den Parteien die genaue Bezeichnung der Hauptforderung enthält.

Bei Rücknahme des Verfahrens wird grundsätzlich die Gebühr für das Mahnverfahren erhoben.

d) Kosten

Die Gerichtskosten werden dem Antragsteller mit Erlass des Mahnbescheids durch Kostenrechnung zur Zahlung aufgegeben (Seite 29). Wird das Verfahren ohne Erlass des Mahnbescheids beendet, wird eine gesonderte Rechnung versandt.

Zum Verfahren bei Einzugsermächtigung vgl. Seite 56.

2) Monierung

Das zur Bearbeitung der Mahnsachen eingesetzte EDV-Programm prüft die Angaben in allen Anträgen auf Vollständigkeit, Zulässigkeit und, soweit allein aufgrund des Antrags möglich, auf Richtigkeit. Zusätzlich sind den Programmen sogenannte Grenzwerte vorgegeben, durch die z.B. Beträge erfasst werden, die den Durchschnittswert deutlich übersteigen und deshalb nicht ohne weitere Prüfung durch den Rechtspfleger zugesprochen werden können.

a) Übersicht der häufigsten Fehler

Es wird empfohlen, die Verfahrensanträge vor Übersendung an die Amtsgerichte wegen der folgenden, sehr häufigen Mängel kritisch durchzusehen:

1. Postleitzahl/Ort beim Antragsteller, Antragsgegner und beim Prozessgericht: keine Übereinstimmung oder keine Angabe.
2. Prozessgericht (Zeile 45 MB-Antrag): Die Angaben fehlen oder sind nicht eindeutig oder das Gericht ist nach dem geltend gemachten Anspruch nicht zuständig.
Hinweis: Orts-und Gerichtsdatei, vgl. Seite 62.
3. Einzelfirma: In der Firma fehlt der Rechtsformzusatz „eingetragener Kaufmann“ oder allgemein verständliche Abkürzungen dieser Bezeichnungen, z.B. „e.K.“, „e.Kfm.“ oder „e.Kfr.“ oder die Angaben sind unvollständig, s. a. Beispiel 1 zu b) Seiten 65,66.
4. Gesetzlicher Vertreter (Zeilen 13, 14 und 28, 29 MB-Antrag): Das Vertretungsverhältnis (Stellung) entspricht nicht der Rechtsform der angegebenen Firma; der Name ist unvollständig oder fehlt, s. a. Beispiel 2 Seiten 67,68.
5. Auslagen/Nebenforderungen (Zeilen 43, 44 MB-Antrag): Die Höhe der Beträge wird ohne besonderen Nachweis nicht anerkannt; die Bezeichnung ist nicht zugelassen, der Betrag fehlt zu einer Bezeichnung oder zu einem Betrag fehlt die notwendige Bezeichnung.
6. Angaben bei Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag §§ 491 - 504 BGB (Zeile 50 MB-Antrag): Das Vertragsdatum fehlt oder ist fehlerhaft; der effektive Jahreszins fehlt oder ist fehlerhaft; der angegebene Zinssatz übersteigt den zulässigen Höchstsatz (5 %-Punkte über Basiszinssatz), s. a. Beispiel 13 Seiten 77, 78.

7. Bezeichnung der Hauptforderung (Zeilen 32 bis 35 MB-Antrag): Die Katalognummer fehlt oder ist unzulässig; das Entstehungs-/Fälligkeitsdatum fehlt oder ist fehlerhaft; bei den Katalognummern 17, 19, 20 und 90 fehlt die Anschrift der Wohnung oder des Wohnungseigentums (Zeile 35); bei der Katalognummer 28 fehlt die Vertragsart in Zeile 35 oder ist unzulässig.
8. GmbH & Co.KG u.ä.: Beim Antragsteller/Antragsgegner ist die Angabe der Komplementärin als gesetzliche Vertreterin fehlerhaft erfolgt, s.a. Beispiel 3 Seiten 69,70.
9. Rechtsform: Eine Schlüsselzahl für die Art der Rechtspersönlichkeit oder die Angabe zur Rechtsform fehlt.
10. Unterschrift: Der MB-Antrag ist nicht unterschrieben.

b) Monierungsschreiben des Gerichts

Bei Antragsmängeln erhält der Antragsteller ein so genanntes Monierungsschreiben, in welchem ihm mitgeteilt wird, welche Bedenken sich gegen seinen Antrag ergeben haben.

c) Monierungsantwort des Antragstellers

Das Verfahren wird erst fortgesetzt, wenn der Antragsteller das Monierungsschreiben vollständig beantwortet hat. Hierzu erhält er vom Gericht zusammen mit dem Monierungsschreiben einen soweit wie möglich vorbereiteten Vordruck für die Monierungsantwort. Der Vordruck sieht - als weiße Felder - insgesamt fünf Zeilen für die Antwort des Antragstellers vor. **Benutzt werden darf jedoch nur eine Zeile, die mit einem Leittext überschrieben ist.** Die Angaben dürfen nur in die entsprechenden weißen Felder eingetragen werden. Die der weißen Zeile vorangestellte und schwarz umrandete Schlüsselzahl hat für den Antragsteller keine Bedeutung, sie dient der internen Bearbeitung beim Amtsgericht.

Beispiele: Seiten 25, 26

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
02-0012348-0-9

Mahnsache **Antragstellersysteme GmbH**

gegen **Andreas Testmann**

wegen

Telefon: 0711/921-3308

Monierung vom **19.09.02** /A

Eingang MB-Antrag: **12.09.02**

*****454,00 EUR

hier:

**Antrag auf Erlaß
eines Mahnbescheids**
Ihr Geschäftszeichen:

AS-Systeme / Testmann 02

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Rechtanwälte
Dres. Tester & Tester
Ulrichstr. 10

70181 Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Antrag kann derzeit nicht weiter bearbeitet werden, da sich die nachfolgend aufgeführten Beanstandungen ergeben haben. Bitte berichtigen bzw. ergänzen Sie Ihre Angaben innerhalb von vier Wochen ab Zugang dieser Nachricht und verwenden Sie hierzu ausschließlich den beigefügten, für Sie vorbereiteten Vordruck »Monierungsantwort«. Sie fördern dadurch einen raschen Verfahrensablauf. Bitte achten Sie auf den fristgerechten Eingang Ihrer Monierungsantwort.

Beanstandung:

Der Anspruch ist unvollständig bezeichnet; es fehlt die Angabe einer Katalognummer.

Ihre Angaben hierzu lauten:

Hauptanspruch Katalog-Nr.:

Anspruchsbegründung:

Rechnungs- / Konto-Nr., o.ä.:

Fälligkeit/Beginn des Anspruchs:

Anspruchsbetrag:

- keine Angabe -

Rechnung

NR. 183

19.12.01

*****454,00 EUR

Sollte Ihre Antwort nicht innerhalb von 4 Wochen ab Zugang dieser Nachricht hier eingegangen sein, kann Ihr Antrag u. U. kostenpflichtig zurückgewiesen werden. Eine verspätete Monierungsantwort könnte dann keine Berücksichtigung mehr finden.

Die Rückseite dieser Monierung dient als Zweitschrift/Durchschrift der Monierungsantwort für Ihre Unterlagen.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht Stuttgart

ERHARDT
Rechtspfleger

Maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO)



Mahnsache Antragsteller: Vor- und Zuname/Firmenbezeichnung
 Antragstellersysteme GmbH
 Antragsgegner: Vor- und Zuname/Firmenbezeichnung
 Andreas Testmann
 wegen ***** 454,00 EUR

Datum der Antwort	Geschäftsnummer des Amtsgerichts
	02-0012348-0-9

12.09.02 / MB7

Vermerke des Gerichts
MB-1-1-1

Monierungsantwort (A/1.)

Bitte benutzen Sie zur Beantwortung der Monierung diesen Vordruck. Beantworten Sie alle Beanstandungen, da eine Nichtbeantwortung zur Zurückweisung Ihres Antrages führen kann.

Machen Sie Ihre Angaben bitte nur in den weiß unterlegten Zeilen, die im linken Kästchen eine Nummer enthalten.

An das
 Amtsgericht Stuttgart
 - Mahnabteilung -
 70154 Stuttgart

Antwort auf die Beanstandung:
 Hauptanspruch Katalog-Nr.:

Vermerke
des Gerichts

70

Bezeichnung des Absenders

Unterschrift des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollmächtigten

3) Mahnbescheid

Sind die Voraussetzungen für den Erlass des Mahnbescheids, gegebenenfalls durch Beantwortung einer Monierung, gegeben, so wird der Mahnbescheid erlassen.

Auf der Ausfertigung des Mahnbescheids ist der Hinweis "Maschinell erstellte Ausfertigung, ohne Unterschrift gültig (§ 703 b Abs. 1 ZPO)" und das Gerichtssiegel vordruckt.

Die Rückseite des Mahnbescheids enthält für den Antragsgegner Hinweise des Gerichts allgemein und zu Zahlungen, zum Zahlungsaufschub und zur Ratenzahlung, zur Zahlungsunfähigkeit, zum Widerspruch und zum weiteren Verfahren nach Widerspruch.

Die Originalgröße des Mahnbescheids ist 12" (304,8 mm) x 370 mm.

Der erlassene Mahnbescheid wird mit einem vorbereiteten Widerspruchsvordruck zur förmlichen Zustellung abgesandt.

Muster (verkleinert): folgende Seite

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart
Antragsgegner:

Weiters.innerh.d.Bereichs der BRD
Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Scheitern des Gerichtsbeschlusses
07-0000001-0-2

Herrn
Uwe Schulze
Hauptstraße 15
20148 Hamburg

MAHN BESCHIED

vom 16.07.2007
aufgrund des hier am 12.07.2007 eingegangenen Antrags
Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend:

I. HAUPTFORDERUNG:

- 1) Warenlieferung-en
gem. Rechnung vom 15.06.07 *****985,55 EUR
 - 2) Reparaturleistung
gem. Rechnung vom 20.06.07 *****56,80 EUR
- II. KOSTEN WIE NEBENSTEHEND: *****85,63 EUR

III. NEBENFORDERUNGEN:

Auskünfte *****5,00 EUR
 Anwaltsvergütung für vorgerichtl. Tätigkeit *****155,30 EUR

 SUMME: *****1.288,28 EUR

IV. ZINSEN:

hinzu kommen laufende Zinsen:
 zu I.1) Zinsen von +5,000 Prozentpunkten
 über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus
 *****985,55 EUR ab Zustellung des Mahnbescheids
 zu I.2) Zinsen von +5,000 Prozentpunkten
 über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus
 *****56,80 EUR ab Zustellung des Mahnbescheids

Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, diese aber erbracht sei. Für den Fall eines Widerspruchs hat der Antragsteller die Durchführung des streitigen Verfahrens beantragt.

** Die nach Nr. 2300/2302 VV RVG vorgerichtlich entstandene Geschäftsgebühr wurde in Höhe von EUR *****55,25 antragsgemäß auf die Verfahrensgebühr nach Nr. 3305 VV RVG angerechnet (BGH, Urteil v. 07.03.2007 - VIII ZR 86/06).

Antragsteller:
 AGM-MB GmbH & Co. KG
 Motorenstr. 121
 70182 Stuttgart

gesetzlich vertreten durch:
 AGM-MB GmbH
 Turbinenstraße 121
 70182 Stuttgart

diese gesetzlich vertreten durch:
 Geschäftsführer
 Karl Meyer

Prozessbevollmächtigte:
 Rechtsanwältin
 Peter Beutelsbach & Kollegen
 Am Weinberg 1
 70182 Stuttgart

Konto: 012345678 BLZ: 12345678
 Privatbank Stuttgart

Geschäftszeichen d. Prozessbev.:
 AAA/121212 / M
 - Bitte stets angeben -

Kosten nach dem Wert der Hauptforderung: EUR *****1.042,35
 Gerichtskosten
 Gebühr (§§ 3, 34, Nr. 1110 KV GKG) *****27,50 EUR
 Kosten des Antragstellers für dieses Verfahren
 Vordruck, Porto *****2,50 EUR
 Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandskosten
 Gebühr (Nr. 3305 VV RVG/Art. IX KoständG)** *****29,75 EUR
 Auslagen (Nr. 7001/7002 VV RVG/Art. IX KoständG)
 19,00% MWSt (Nr. 7008 VV RVG/Art. IX KoständG)
 *****17,00 EUR
 *****8,88 EUR
 *****85,63 EUR



Mayer
Rechtspfleger
Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite

Maschine erstellte Ausfertigung, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO)

4) Kostenrechnung und Kostenzahlung

a) Kostenrechnung

Zusammen mit dem Erlass des Mahnbescheids wird maschinell eine Kostenrechnung für den Antragsteller gefertigt und grundsätzlich mit gleichem Datum versandt. Wurde eine Einzugsermächtigung für die Gerichtskosten in Verbindung mit einer Kennziffer erteilt, so erfolgt der Versand der Kostenrechnung zusammen mit der Nachricht über die Zustellung / Nichtzustellung des Mahnbescheids.

Neben der Darstellung der vom Antragsteller zu begleichenden Gebühren und Auslagen des Gerichts für den Erlass des Mahnbescheids enthält die Kostenrechnung **weitere Angaben zur Unterrichtung des Antragstellers:**

- Geschäftsnummer des Amtsgerichts;
- Datum des Erlasses des Mahnbescheids;
- Datum des Eingangs des Antrags;
- bei der Beteiligung eines Rechtsanwalts oder Rechtsbeistands dessen Gebühren, Auslagen und gegebenenfalls Mehrwertsteuer;
- Inhalt des Mahnbescheids, aufgegliedert nach Hauptforderung, Kosten, Nebenforderungen, ausgerechneten Zinsen, Summe dieser Beträge mit dem Hinweis "ohne laufende Zinsen".

Auch bei gleichzeitiger Einreichung mehrerer Anträge erhält der Antragsteller zur Erleichterung seiner Aktenführung für jeden Einzelfall eine gesonderte Kostenrechnung.

Muster: folgende Seite.

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
04-0235740-0-2

Mahnsache **PETER STRECKER IMMOBILIEN GMBH & CO.KG, OBJEKTGESELLSCHAFT DRESDEN, KLAUS METZGER**
gegen

Te1.: 0711/921-3286,3304
Kostenrechnung vom 03.08.2004

wegen **Miete für Wohnraum** *****1.908,32 EUR

Nachricht über den Erlass des Mahnbescheids

Ihr Geschäftszeichen:
STRECKER ./ METZGER

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Sehr geehrte **Damen und Herren.**

Rechtsanwältin
SILVIA LETTER
SCHILLERPLATZ 12

Der Mahnbescheid wurde am

03.08.2004

01309 Dresden

erlassen.

Eingang MB-Antrag: 29.07.2004

Kostenrechnung Wert der Hauptforderung:

EUR*****1.908,32

Gerichtsgebühr (§§ 3, 34, Nr. 1110 KV GKG)

*****36,50 EUR

abzüglich geleisteter Zahlung

*****0,00 EUR

Zahlbetrag

*****36,50 EUR

Kostenschuldner ist der Antragsteller: PETER STRECKER IMMOBILIEN GMBH & CO.KG, OBJEKTGESELLSCHAFT DRESDEN, LANGE WIESE 12

Bitte: überweisen Sie diesen **Zahlbetrag** innerhalb von **zwei Wochen**; benutzen Sie zur Zahlung den beigefügten vorbereiteten Zahlungsvordruck, unser Konto ist in dem Zahlungsvordruck bezeichnet. Verwenden Sie **keine** Gerichtskostenmarken oder Gebührenstempler. Wenn Sie den angeforderten Betrag fristgerecht zahlen und den vorbereiteten Zahlungsvordruck nicht abändern, bleiben Ihnen Verzögerungen des Verfahrens erspart. Vor Eingang der Zahlung kann ein Vollstreckungsbescheid nicht erteilt werden. Ihre Zahlungspflicht besteht aber unabhängig vom Fortgang des Verfahrens.

Die Gerichtsgebühr (s.o.) sowie folgende Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandskosten wurden vom Amtsgericht errechnet und in den Mahnbescheid aufgenommen:

Rechtsanwalts-/beistandskosten:

Gebühr (Nr. 3305 VV RVG/Art. IX KostÄndG)

*****133,00 EUR

Auslagen (Nr. 7001/7002 VV RVG/Art. IX KostÄndG)

*****20,00 EUR

*0,00 % MwSt. (Nr. 7008 VV RVG/Art. IX KostÄndG)

*****0,00 EUR

zusammen *****153,00 EUR

Bei nicht fristgerechter Zahlung werden die Gerichtskosten von der zuständigen Landeskasse direkt beim Antragsteller als Kostenschuldner angefordert.

Der Mahnbescheid enthält:

- Hauptforderung (gesamt)

*****1.908,32 EUR

- Kosten (gesamt)

*****189,50 EUR

- Nebenforderungen

*****15,00 EUR

- Zinsen

- vom Antragsteller ausgerechnet

*****0,00 EUR

- vom Gericht ausgerechnet

*****0,00 EUR

Summe (ohne laufende Zinsen)

*****2.112,82 EUR

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht Stuttgart



b) Kostenzahlung

Der Kostenrechnung ist ein vorbereiteter Zahlungsvordruck beigelegt, der für optische Beleglesung geeignet ist. Seine Verwendung empfiehlt sich daher im Interesse einer schnellen Bearbeitung des Zahlungseingangs.

Der Antragsteller erhält keinen Zahlungsvordruck, wenn den Landesoberkassen/Landesjustizkassen/Gerichtskassen für das automatisierte Mahnverfahren Einzugsermächtigung erteilt wurde. In diesem Fall wird die Kostenrechnung grundsätzlich zusammen mit der Zustellungs-/Nichtzustellungsnachricht übersandt. Das Kosteneinzugsverfahren ist ab Seite 56 im Zusammenhang beschrieben.

5) Nichtzustellung und Neuzustellung des Mahnbescheids

a) Nichtzustellungsnachricht

Konnte der Mahnbescheid nicht zugestellt werden, wird der Antragsteller hiervon benachrichtigt. Die Nichtzustellungsnachricht enthält:

- den Zustellungsempfänger,
- das Datum des Zustellungsversuchs,
- den Grund der Nichtzustellung,
- Hinweise oder Vermerke des Zustellers, soweit vorhanden.

b) Neuzustellungsantrag

Zusammen mit der Nichtzustellungsnachricht erhält der Antragsteller einen bereits mit Geschäftsnummer, Betreff und Rücksendeanschrift versehenen Vordruck für den Antrag auf Neuzustellung eines Mahnbescheids, bei mehreren Antragsgegnern in einem Verfahren für jeden Antragsgegner gesondert. Die Verwendung dieses Vordrucks ist **zwingend**. Ein graues Durchschriftexemplar für die eigenen Akten befindet sich auf der Rückseite der Nichtzustellungsnachricht.

Wird im Neuzustellungsantrag die Berichtigung der Antragsgegnerbezeichnung wegen offensichtlicher Unrichtigkeit (Name, Firma) beantragt (Zeilen 3 und 4 des Antrags), so sollen dem Antrag die erforderlichen Nachweise beigelegt werden.

Im Neuzustellungsantrag sollen keine Angaben eingetragen werden, die bereits im MB-Antrag enthalten sind. Die Felder sind nur **für Angaben vorgesehen, die sich gegenüber dem MB-Antrag geändert** haben. Soll die **Zustellung nochmals unter derselben Anschrift** versucht werden, so **ist die Anschrift des Antragsgegners zu wiederholen**.

Sofern eine persönliche Zustellung an den gesetzlichen Vertreter einer juristischen Person erfolgen soll, muss ein entsprechend deutlicher Hinweis im Antrag oder auf einem beigelegten Blatt erfolgen; ein besonderes Antragsfeld ist dafür nicht vorgesehen.

Muster: Seiten 33, 34.

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
02-0006784-0-8

Mahnsache **Antragstellersysteme GmbH**

gegen **Andreas Testmann**

wegen **Warenlieferung-en**

Ihr Geschäftszeichen: *******1.663,44 EUR**

AS-Systeme / Testmann 02
Sehr geehrte Damen und Herren.

Der Mahnbescheid konnte dem Antragsgegner

Andreas Testmann
Weidenroescheweg 1
70599 Stuttgart

nicht zugestellt werden.

Die Post hat dafür am **16.09.2002**
folgenden Grund mitgeteilt:

0011 Tel.: 0711/212-4460

Nachricht über die
Nichtzustellung vom 19.09.2002

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Rechtsanwälte
Dres. Tester & Tester
Ulrichstr. 10

70182 Stuttgart

Sonstige Angaben:

KEINE WOHNUNG, NUR POSTFACH VORHANDEN

Bitte beachten Sie:

Der Antrag auf Neuzustellung des Mahnbescheids kann nur mit dem vorgeschriebenen Vordruck gestellt werden. Wir übersenden Ihnen deshalb ein Exemplar dieses Vordrucks. Der Vordruck ist auch bei jedem Amtsgericht erhältlich. Jedes Amtsgericht hilft Ihnen im Übrigen beim Ausfüllen. Soweit sich im Vordruck die Angaben in den vorgesehenen Feldern nicht zutreffend darstellen lassen, bezeichnen Sie diese auf einem besonderen Blatt, das Sie mit dem Vordruck fest verbinden.

Richtet sich das Mahnverfahren gegen mehrere Antragsgegner, so ist die Neuzustellung des Mahnbescheids gegebenenfalls **an jeden** Antragsgegner **gesondert** zu beantragen. Sie erhalten deshalb die jeweils erforderlichen Unterlagen für jeden Antragsgegner.

Bitte füllen Sie den Vordruck **gut lesbar** in Blockschrift oder mit einer Schreibmaschine aus.

Zu Zeile 5:

Die im Kästchen am Zeilenbeginn anzugebende Schlüssel-Nr. bezeichnet das Gericht nach der sachlichen Zuständigkeit, die Ortsangabe in dem folgenden Feld nach der örtlichen Zuständigkeit.

Zu Zeile 6:

Die Kosten der Prozessvertretung durch einen Rechtsanwalt/Rechtsbeistand und die Gerichtskosten werden vom Amtsgericht errechnet und in den Mahnbescheid aufgenommen; bitte tragen Sie sie deshalb nicht in die Zeile 6 ein.

Zu Zeile 11:

Für die Absenderangabe können Sie einen Stempel verwenden.

Die Rückseite dieser Nachricht ist als Zweitschrift/Durchschrift des Antrags für Ihre Unterlagen vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht STUTTGART

Maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO)



Mahnsache



Antragsteller: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

Antragstellersysteme GmbH

Antragsgegner: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

Andreas Testmann

gegen

wegen

Warenlieferung-en

*******1.633,44 EUR**

Zeilen-
Nummer

Datum des Antrags

Geschäftsnummer des Amtsgerichts

1

02-0006784-0-8

Beleg wird maschinell gelesen.
Bitte deutlich schreiben.

**An das
Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -**

Antrag auf Neuzustellung eines Mahnbescheids

70154 Stuttgart

Ich beantrage, den Mahnbescheid nunmehr unter Berücksichtigung folgender Angaben zuzuerstellen:

Der Antragsgegner hat jetzt folgende Anschrift:

Straße, Hausnummer - bitte kein Postfach! -

Postleitzahl

Ort

Ausl.Kz.

2

Nur, falls die Bezeichnung des Antragsgegners (Namensangabe) einen Schreibfehler oder eine ähnliche offenbare Unrichtigkeit enthält:

Die Bezeichnung lautet richtig:

Vorname/Vollständige Bezeichnung der Firma

3

Nachname/Vollständige Bezeichnung der Firma

Bei juristischer Person, OhG und KG Rechtsform wiederholen

4

Infolge der Anschriftenänderung wäre ein Streitiges Verfahren nunmehr durchzuführen vor

dem

1 = Amtsgericht

2 = Landgericht

3 = Landgericht- KfH

6 = Amtsgericht-Familiengericht

8 = Sozialgericht

in

Postleitzahl

Ort

5

Weitere Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren, soweit bisher nicht angegeben:

Betrag EUR

Porto, Telefon

Betrag EUR

Sonstige
Kosten

Bezeichnung der Art

6

Nur, soweit bisher nicht oder unrichtig angegeben:

Gesetzlicher Vertreter des Antragsgegners

Stellung (z.B. Geschäftsführer)

7

Vor- und Nachname

8

Straße, Hausnummer - bitte kein Postfach ! -

9

Postleitzahl

Ort

Ausl.Kz.

10

Weiterer gesetzlicher Vertreter

Stellung

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer - bitte kein Postfach ! -

Postleitzahl

Ort

Ausl.Kz.

Bezeichnung des Absenders

Unterschrift des des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollmächtigten

11

6) Zustellung des Mahnbescheids, Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids

a) Zustellungsnachricht

Nach Zustellung des Mahnbescheids an den Antragsgegner erhält der Antragsteller eine Zustellungsnachricht.

Sie enthält:

- das Datum der Zustellung,
- Hinweise des Zustellers, soweit vorhanden.

b) Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids

Mit der Zustellungsnachricht erhält der Antragsteller einen bereits mit Geschäftsnummer, Betreff und Rücksendeanschrift versehenen Vordruck für den Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids, bei mehreren Antragsgegnern in einem Verfahren für jeden Antragsgegner gesondert. Die Verwendung dieses Vordrucks ist zwingend. Ein Durchschriftexemplar für die eigenen Akten befindet sich auf der Rückseite der Zustellungsnachricht.

Zu beachten:

Die **Zeilen** 1 (Datum des Antrags), **2**, ggf. mit Zeilen 3 - 5 (Zahlungsangaben), **6** (Zustellungsart) und **16** (Unterschrift des Antrags) **müssen** immer ausgefüllt werden.

In Zeile 7 kann der Antragsteller (-Vertreter) seine weiteren Auslagen eintragen. Zulässig sind hier nur Beträge, die erst nach Beantragung des Mahnbescheids entstanden sind.

Gerichtskosten oder Rechtsanwaltsvergütung für den Mahn- bzw. Vollstreckungsbescheid sind nicht anzugeben. Diese werden vom Gericht automatisch berechnet und hinzugesetzt.

Die Zeilen 9 bis 13 des VB-Antrags sind nur für solche Angaben vorgesehen, die sich gegenüber dem zugestellten Mahnbescheid geändert haben. Angaben, die bereits im Mahnbescheid enthalten sind, müssen daher nicht wiederholt werden.

Wird im VB-Antrag die Berichtigung der Antragsgegnerbezeichnung wegen offensichtlicher Unrichtigkeit (Name, Firma) beantragt (Zeilen 10 und 11 des Antrags), so sollen dem Antrag die erforderlichen Nachweise beigelegt werden.

Hinweis:

Erfolgt eine Vertretung (z.B. durch einen Rechtsanwalt) erst nach Stellung des Mahnbescheidsantrags, so ist diese Vertretung durch ein besonderes Anschreiben an das Mahngericht anzuzeigen. Der neue Prozessbevollmächtigte wird dann in den Vollstreckungsbescheid aufgenommen.

Muster: Seiten 37, 38.

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Tel. : 0711/212-4460

Zustellungsnachricht
vom 19.09.2002

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
02-0003240-0-

Mahnsache **Antragsstellersysteme GmbH**

gegen **Andreas Testmann**

wegen **Warenlieferung-en**

*****1027,18 EUR

Ihr Geschäftszeichen:

AS-Systeme / Testmann 02

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Mahnbescheid wurde

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Rechtsanwälte
Dres. Tester & Tester
Ulrichstr. 10

70182 Stuttgart

am 30.08.2002

zugestellt.

Prüfen Sie, nachdem die mit dem darauf folgenden Tag beginnende Zwei-Wochen-Frist abgelaufen ist, ob der Antragsgegner die Schuld beglichen hat. Sollte das nicht der Fall sein und sollte auch nicht Widerspruch erhoben sein, können Sie den Erlass des Vollstreckungsbescheids beantragen.

Der Vollstreckungsbescheid wird erst erlassen, wenn Sie die Kosten des Mahnbescheids, die Ihnen gesondert aufgegeben worden sind, bezahlt haben.

Der Vollstreckungsbescheid wird dem Antragsgegner von Amts wegen zugestellt.

Dies gilt nicht, wenn Sie die Übergabe an sich zur Zustellung im Parteibetrieb beantragen. In diesem Fall wird Ihnen der Vollstreckungsbescheid zur Zustellung übergeben.

Bitte beachten Sie:

Der Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids kann nur mit dem vorgeschriebenen Vordruck gestellt werden. Wir übersenden Ihnen deshalb ein Exemplar dieses Vordrucks. Der Vordruck ist auch bei jedem Amtsgericht erhältlich. Jedes Amtsgericht hilft Ihnen im Übrigen beim Ausfüllen. Soweit sich im Vordruck die Angaben in den vorgesehenen Feldern nicht zutreffend darstellen lassen, bezeichnen Sie diese auf einem besonderen Blatt, das Sie mit dem Vordruck fest verbinden.

Richtet sich das Mahnverfahren gegen mehrere Antragsgegner, so ist der Vollstreckungsbescheid **gegen jeden** Antragsgegner **gesondert** zu beantragen. Sie erhalten deshalb die jeweils erforderlichen Unterlagen für jeden Antragsgegner.

Die Wirkung des Mahnbescheids fällt weg, wenn Sie den Vollstreckungsbescheid nicht innerhalb von sechs Monaten seit der Zustellung des Mahnbescheids beantragen.

Ausfüllhinweise:

Bitte füllen Sie den Vordruck **gut lesbar** in Blockschrift oder mit einer Schreibmaschine aus. In die **Kästchen** mit **blauem** Pfeil ist die zutreffende Nummer, in das Kästchen mit **weißem** Pfeil zutreffendenfalls ein x einzutragen. Eine versehentlich unrichtige Eintragung bitte eindeutig ungültig machen oder unmissverständlich berichtigen.

Zu Zeilen 7 und 8:

Die Kosten der Prozessvertretung durch einen Rechtsanwalt/Rechtsbeistand und die Gerichtskosten werden vom Amtsgericht errechnet und in den Vollstreckungsbescheid aufgenommen; bitte tragen Sie diese deshalb nicht in Zeile 7 ein.

Zu Zeile 16:

Für die Absenderangabe können Sie einen Stempel verwenden.

Die Rückseite dieser Nachricht ist als Zweitschrift/Durchschrift des Antrags für Ihre Unterlagen vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht Stuttgart



Maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO)

Mahnsache

Antragsteller: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

Antragsstellersysteme GmbH

Beleg wird maschinell gelesen.
Bitte deutlich schreiben.

gegen

Antragsgegner: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

Andreas Testmann

Dieser Antrag darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem 30.08.02 (Zustellung des Mahnbescheids) gestellt werden.

wegen

Warenlieferung – en

Zeilen-
Nummer

U. A.

*****1027, 18 EUR

Datum des Antrags

Geschäftsnummer des Amtsgerichts

1

02-0003240-0-4

Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids

Ich beantrage, Vollstreckungsbescheid zu erlassen und in diesen die weiteren Kosten des Verfahrens aufzunehmen. Falls der Antragsgegner gegen einen Teil des Anspruchs Widerspruch erhoben hat, beantrage ich, Vollstreckungsbescheid zu erlassen, soweit dem Anspruch nicht widersprochen wurde.

An das
Amtsgericht Stuttgart
– Mahnabteilung –

70154 Stuttgart

Zahlungen des Antragsgegners auf den Mahnbescheid

1 = Der Antragsgegner hat keine Zahlungen geleistet.
2 = Der Antragsgegner hat nur die hier angegebenen Zahlungen geleistet.

HINWEIS:
Die Zeilen 2 und 6
müssen immer
ausgefüllt werden.

2

am

Betrag EUR

am

Betrag EUR

3

am

Betrag EUR

am

Betrag EUR

4

am

Betrag EUR

am

Betrag EUR

5

6

1 = Die Zustellung des Vollstreckungsbescheids soll vom Gericht veranlasst werden.
2 = Ich möchte den Vollstreckungsbescheid selbst durch einen Gerichtsvollzieher zustellen lassen und beantrage, mir den Bescheid für diesen Zweck in Ausfertigung zu übergeben.

Weitere Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren, soweit bisher nicht angegeben:

Betrag EUR

Porto, Telefon

Betrag EUR

Sonstige
Kosten

Bezeichnung der Art

7

8

Ich beantrage auszusprechen, dass die Kosten des Verfahrens ab Erlass des Vollstreckungsbescheids mit 5%-Punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen sind.

Betrag EUR

Bei Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand: Anstelle der Auslagenpauschale (Nr. 7002 VV RVG) werden die nebenstehenden Auslagen verlangt, deren Richtigkeit versichert wird.

Der Antragsgegner hat jetzt folgende Anschrift:

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

9

Nur, falls die Bezeichnung des Antragsgegners (Namensangabe) einen Schreibfehler oder eine ähnliche offenbare Unrichtigkeit enthält:

Die Bezeichnung lautet richtig:

Vorname/Vollständige Bezeichnung der Firma

Nachname/Fortsetzung der Bezeichnung der Firma

Bei juristischer Person, OHG und KG Rechtsform wiederholen

10

11

Nur, soweit bisher nicht oder unrichtig angegeben:

Gesetzlicher Vertreter des Antragsgegners

Stellung (z. B. Geschäftsführer)

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

12

Vor- und Nachname

Postleitzahl

Ort

Ausl. Kz.

13

Bezeichnung des Absenders

Unterschrift des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollmächtigten

16

c) Erlass des Vollstreckungsbescheids

Der Vollstreckungsbescheid wird nur erlassen, wenn sämtliche Gerichtsgebühren entrichtet sind (**Vorschusspflicht**, § 12 Abs. 3 GKG).

Die Kosten der Prozessvertretung durch einen Rechtsanwalt/Rechtsbeistand werden vom Amtsgericht errechnet und in den Vollstreckungsbescheid aufgenommen; sie dürfen daher nicht in Zeile 7 des Antrags auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids als "Weitere Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren" eingetragen werden.

Zum Verfahren bei Einzugsermächtigung vgl. ab Seite 56.

7) Nichtzustellung und Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids

a) Nichtzustellungsnachricht

Konnte der Vollstreckungsbescheid bei Amtszustellung nicht zugestellt werden, wird der Antragsteller hiervon benachrichtigt. Die Nichtzustellungsnachricht enthält:

- den Zustellungsempfänger,
- das Datum des Zustellungsversuchs,
- den Grund der Nichtzustellung,
- Hinweise oder Vermerke des Zustellers, soweit vorhanden.

b) Neuzustellungsantrag

Zusammen mit der Nichtzustellungsnachricht erhält der Antragsteller einen bereits mit Geschäftsnummer, Betreff und Rücksendeanschrift versehenen Vordruck für den Antrag auf Neuzustellung eines Vollstreckungsbescheids, bei mehreren an einem Verfahren beteiligten Antragsgegnern für jeden Antragsgegner gesondert. Die Verwendung des Vordrucks ist **zwingend**. Die Rückseite der Nichtzustellungsnachricht ist als Durchschrift des Antrags für die eigenen Akten vorgesehen.

Muster: Seiten 41, 42.

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
02-0004582-0-1

Tele.: 0711/212-4460
Nachricht über die
Nichtzustellung vom 19.09.2002

Mahnsache **Antragstellersysteme GmbH**

gegen **Andreas Testmann**

wegen **Warenlieferung-en**

*****490,84 EUR

Ihr Geschäftszeichen:

AS-Systeme / Testmann 02
Sehr geehrte Damen und Herren.

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Der Vollstreckungsbescheid konnte dem Antragsgegner

Rechtsanwälte
Dres. Tester & Tester
Ulrichstr. 10

Andreas Testmann
Weidenroeschenweg 1
70599 Stuttgart

70182 Stuttgart

nicht zugestellt werden.

Die Post hat dafür am **13.09.2002**
folgenden Grund mitgeteilt:

Adressat unter der angegebenen Anschrift nicht zu ermitteln.

Bitte beachten Sie:

Der Antrag auf Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids kann nur mit dem vorgeschriebenen Vordruck gestellt werden. Wir übersenden Ihnen deshalb ein Exemplar dieses Vordrucks. Der Vordruck ist auch bei jedem Amtsgericht erhältlich. Jedes Amtsgericht hilft Ihnen im Übrigen beim Ausfüllen.

Richtet sich das Mahnverfahren gegen mehrere Antragsgegner, so ist die Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids gegebenenfalls **an jeden** Antragsgegner **gesondert** zu beantragen. Sie erhalten deshalb die jeweils erforderlichen Unterlagen für jeden Antragsgegner.

Bitte füllen Sie den Vordruck **gut lesbar** aus. In das Kästchen ist die zutreffende Nummer einzutragen.

Zu Zeile 4:

Für die Absenderangabe können Sie einen Stempel verwenden.

Die Rückseite dieser Nachricht ist als Zweitschrift/Durchschrift des Antrags für Ihre Unterlagen vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht STUTTGART

Maschinell erstellt, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO)



Mahnsache

Antragsteller: Vor- und Zuname/Firmenbezeichnung

Antragstellersysteme GmbH

Antragsgegner: Vor- und Zuname/Firmenbezeichnung

gegen

Andreas Testmann

wegen

Warenlieferung *** 490,84 EUR**

Zeilen-
Nummer

1

Datum des Antrags

Geschäftsnummer des Amtsgerichts

02-0004582-0-1

Beleg wird maschinell gelesen.
Bitte deutlich schreiben.

Antrag auf Neuzustellung eines Vollstreckungsbescheids

Die neue Anschrift lautet:

Straße, Hausnummer - bitte kein Postfach -

Postleitzahl

Ort

Ausl.Kz.

2

1 = Ich beantrage, dem Antragsgegner den Vollstreckungsbescheid unter dieser neuen Anschrift zuzustellen.

3



2 = Ich möchte den Vollstreckungsbescheid nunmehr selbst durch einen Gerichtsvollzieher zustellen lassen und beantrage, mir den Bescheid für diesen Zweck in Ausfertigung zu übergeben.

Bezeichnung des Absenders

4

Unterschrift des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollmächtigten

8) Vollstreckungsbescheid

a) Ausfertigungen

Auf den Ausfertigungen des Vollstreckungsbescheids ist der Hinweis "Maschinell erstellte Ausfertigung, ohne Unterschrift gültig (§ 703 b Abs. 1 ZPO)" und das Gerichtssiegel vorgedruckt. Ein herkömmlicher Ausfertigungsvermerk des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, der die Übereinstimmung der Ausfertigung mit der Urschrift bestätigt, erfolgt nach § 703 b ZPO nicht. Im maschinellen Mahnverfahren besteht keine Urschrift der Bescheide in lesbarer, schriftbildlicher Form.

Die Rückseite des Vollstreckungsbescheids enthält für den Antragsgegner Hinweise des Gerichts allgemein und zu Zahlungen, zum Zahlungsaufschub und zur Ratenzahlung, zur Zahlungsunfähigkeit und zum Einspruch (für den ein Vordruck nicht eingeführt ist).

Die Originalgröße des Vollstreckungsbescheids ist 12" (304,8 mm) x 370 mm.

Nach Amtszustellung des Vollstreckungsbescheids an den Antragsgegner erhält der Antragsteller eine Ausfertigung mit dem Aufdruck "Ausfertigung für den Antragsteller".

Der Antragsteller, der sich die Zustellung des Vollstreckungsbescheids im Parteibetrieb vorbehält, erhält zwei Ausfertigungen: eine mit dem Aufdruck "Ausfertigung für den Antragsteller", die andere mit dem Aufdruck "Ausfertigung für den Antragsgegner".

Muster (verkleinert): folgende Seite.

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Antragsgegner:

Weiters, innerh. d. Bereichs der BRD
Geschäftsnummer des Amtesgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
07-0000001-0-2

Herrn
Uwe Schulze
Hauptstraße 15
20148 Hamburg

VOLLSTRECKUNGSBESCHIED

vom 01.08.2007 aufgrund des am 16.07.2007
erlassenen und am 16.07.2007 zugestellten Mahnbescheids
Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend:

I. HAUPTFORDERUNG:

- 1) Warenlieferungen
gem. Rechnung vom 15.06.07 *****985,55 EUR
2) Reparaturleistung
gem. Rechnung vom 20.06.07 *****56,80 EUR

II. KOSTEN MIE NEBENSTEHEND:

*****139,78 EUR

III. NEBENFORDERUNGEN:

Auskünfte *****5,00 EUR
Anwaltsvergütung für vorgerichtl. Tätigkeit *****155,30 EUR

SUMME: *****1.342,43 EUR

IV. ZINSEN:

hinzu kommen laufende Zinsen:
zu I.1) Zinsen von *5,000 Prozentpunkten
über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus
*****985,55 EUR ab Zustellung des Mahnbescheids
zu I.2) Zinsen von *5,000 Prozentpunkten
über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus
*****56,80 EUR ab Zustellung des Mahnbescheids

Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer
Gegenleistung abhängt, diese aber erbracht sei.

** Die nach Nr. 2300/2302 VV RVG vorgerichtlich entstandene
Geschäftsgebühr wurde in Höhe von EUR *****25 antrags-
gemäß auf die Verfahrensgebühr nach Nr. 3305 VV RVG an-
gerechnet (BGH, Urteil v. 07.03.2007 - VIII ZR 86/06).

Auf der Grundlage des Mahnbescheids ergeht Vollstreckungsbescheid
wegen vorstehender Beträge.

Die Kosten des Verfahrens haben sich ggfls. um Gebühren und Aus-
lagen für das Verfahren über den Vollstreckungsbescheid erhöht.

Antragsteller:
AGM-MB GmbH & Co. KG
Motorenstr. 121
70182 Stuttgart
gesetzlich vertreten durch:
AGM-MB GmbH
Turbinenstraße 121
70182 Stuttgart

diese gesetzlich vertreten durch:
Geschäftsführer
Karl Meyer

Konto: 012345678- BLZ: 60050011
Privatbank Stuttgart

Geschäftszeichen d. Prozessbev.:
AAA/121212 / M
- Bitte stets angeben -

Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwältin
Peter Beutelsbach & Kollegen
Am Weinberg 1
70182 Stuttgart

Kosten nach dem Wert der Hauptforderung: EUR *****1.042,35

Gerichtskosten
Gebühr (§§ 3, 34, Nr. 1110 KV GKG) *****27,50 EUR

Kosten des Antragstellers für dieses Verfahren
Vordruck, Porto *****2,50 EUR

Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandskosten
Gebühr (Nr. 3305 VV RVG/Art. IX KoständG)** *****29,75 EUR
Gebühr (Nr. 3308 VV RVG/Art. IX KoständG) *****42,50 EUR
Auslagen (Nr. 7001/7002 VV RVG/Art. IX KoständG) *****20,00 EUR
19,00% MNSt (Nr. 7008 VV RVG/Art. IX KoständG) *****17,53 EUR
*****139,78 EUR

AUSFERTIGUNG FÜR DEN ANTRAGSGEGNER

333

JVB1/n BW.5 Fassung 1.10.05

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite

Mayer
Rechtspfleger



Maschinell erstellte Ausfertigung, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO)

b) Übersendungsschreiben

Die Ausfertigung des Vollstreckungsbescheids (einfach oder zweifach, siehe oben) erhält der Antragsteller mit einem Übersendungsschreiben. Dieses enthält:

- bei Amtszustellung gegebenenfalls den Hinweis auf eine neue Anschrift des Antragsgegners,
- die Darstellung der Anspruchsbeträge des Vollstreckungsbescheids (nicht bei Teil-Vollstreckungsbescheid), gegliedert nach
 - ◆ Hauptforderung, Gerichtskosten, Auslagen des Antragstellers,
 - ◆ Vergütung des Prozessbevollmächtigten für den Mahnbescheid (Gesamtbetrag) und für den Vollstreckungsbescheid (gegliedert nach Gebühren, Auslagen und gegebenenfalls Mehrwertsteuer),
 - ◆ ausgerechnete Zinsen,
 - ◆ andere Nebenforderungen,
 - ◆ Summe dieser Beträge mit dem Hinweis "ohne laufende Zinsen",
 - ◆ angegebene Zahlungen des Antragsgegners (Gesamt).

Muster: folgende Seite.

9) Widerspruch, Widerspruchsnachricht

a) Einlegung des Widerspruchs

Mit der Zustellung des Mahnbescheids erhält der Antragsgegner einen Vordruck, mit dem er gegen den Mahnbescheid innerhalb von 2 Wochen seit der Zustellung des Mahnbescheids Widerspruch erheben kann.

Die Verwendung des Widerspruchsvordrucks ist nicht zwingend vorgeschrieben. Der Widerspruch kann auch in anderer Form erhoben werden. Die Verwendung des Vordrucks empfiehlt sich aber im Interesse einer zügigeren Bearbeitung, da er gleichzeitig als Erfassungsbeleg dient.

Die Zeilen 3 und 4 des Widerspruchsvordrucks sind vom Antragsgegner nur auszufüllen, wenn lediglich einem Teil des geltend gemachten Anspruchs widersprochen wird.

Wird der Widerspruch durch einen Prozessbevollmächtigten erhoben, dem durch das Zentrale Mahngericht eine Kennziffer (siehe Seite 55) erteilt ist, so kann diese in der Zeile 9 des Widerspruchsvordrucks eingetragen werden.

Muster des Widerspruchsvordrucks: folgende Seite.

Mahnsache

Antragsteller: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

Antragstellersysteme GmbH

gegen

Antragsgegner: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

Andreas Testmann

wegen

Warenlieferung-en

*******11.243,77 EUR**

Beleg wird maschinell gelesen.
Bitte deutlich schreiben.

Zeilen-
Nummer

1

Datum des Widerspruchs

Geschäftsnummer des Amtsgerichts

02-0057026-0-8

An das
Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -

70154 Stuttgart

Hinweis für den Antragsgegner

Bitte überlegen Sie sorgfältig, ob Sie im
Recht sind, und beachten Sie die Hinweise
des Gerichts zum Mahnbescheid.

Widerspruch

Gegen den im Mahnbescheid geltend gemachten Anspruch erhebe ich Widerspruch.

2 Ich widerspreche dem Anspruch insgesamt.

3 Ich widerspreche nur einem Teil des Anspruchs, und zwar

der Hauptforderung
wegen eines Teilbetrages von

den Zinsen

den laufenden Zinsen, soweit sie
nachstehenden Zinssatz übersteigen

den Verfahrenskosten

den anderen Nebenforderungen
wegen eines Betrages von

4 EUR insgesamt. % jährlich insgesamt EUR

einschließlich der auf diesen Teil
der Hauptforderung entfallenden
Zinsen und Verfahrenskosten.

Nur bei Änderung der Anschrift des Antragsgegners: Die Anschrift lautet richtig bzw. jetzt

5 Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach – Postleitzahl Ort Ausl.Kz

Gesetzlicher Vertreter des Antragsgegners

Unterzeichnender erhebt den Widerspruch als gesetzlicher Vertreter des Antragsgegners.

6 Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund) Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –
7 Vor- und Nachname Postleitzahl Ort Ausl.Kz

Prozessbevollmächtigter des Antragsgegners

Unterzeichnender erhebt den Widerspruch als Prozessbevollmächtigter des Antragsgegners.

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

8 1 = Rechtsanwalt 4 = Herr, Frau
2 = Rechtsanwältin 5 = Rechtsanwältin
3 = rechtsbeistand 6 = Rechtsanwältinnen
9 Vor- und Nachname

10 Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach – Postleitzahl Ort Ausl.Kz

Geschäftszeichen des Antragsgegners / Prozessbevollmächtigten

11

Bezeichnung des Absenders

12

Unterschrift des Antragsgegners bzw. seines ges. Vertreters
oder Prozessbevollmächtigten

Hier abtrennen!

b) Widerspruchsnachricht

Erhebt der Antragsgegner gegen den Mahnbescheid Widerspruch, wird der Antragsteller hiervon durch die Widerspruchsnachricht unterrichtet. Darin wird dem Antragsteller insbesondere mitgeteilt:

- die Person, die den Widerspruch erhoben hat;
- das Datum des Eingangs bei Gericht;
- der Umfang des Widerspruchs (insgesamt, teilweise);

und, soweit im Widerspruch angegeben,

- eine neue Anschrift des Antragsgegners;
- der gesetzliche Vertreter des Antragsgegners;
- der Prozessbevollmächtigte des Antragsgegners;
- ein Geschäftszeichen des Antragsgegners oder dessen Prozessbevollmächtigten.

Darüber hinaus erhält der Antragsteller auch Mitteilung von allen weiteren schriftlichen Angaben des Antragsgegners zum Widerspruch.

Die Widerspruchsnachricht enthält außerdem die Angabe des Gerichts für das streitige Verfahren und die Anforderung der weiteren Gerichtskosten.

Zusammen mit der Widerspruchsnachricht wird ein vorbereiteter Zahlungsvordruck für die weiteren Gerichtskosten übersandt, und zwar auch bei vorliegender Einzugsermächtigung (siehe hierzu Seite 56).

Muster: folgende Seite.

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
04-0052182-0-0

Mahnsache LICHTERKETTEN UND PYROTECHNIC VERT
TRIEBS GMBH
EDWIN MAUSER
gegen

Tel.: 0711/921-3348,3347,3346

wegen Werkvertrag/Werklieferungsvertrag
U.A. *****820,15 EUR

Widerspruchsnachricht
vom 02.09.2004

Ihr Geschäftszeichen:
AZ.: 63/04/C/QU

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

Firma
LICHTERKETTEN UND PYROTECHNIC VERT
TRIEBS GMBH Z.H. HERRN KNALL
KOLLPINGSTR. 21

gegen den Mahnbescheid hat der
Antragsgegner

54282 DRESSAU

am 01.09.2004

Widerspruch erhoben.

Der Widerspruch richtet sich gegen den gesamten Anspruch.

Der Widerspruch enthält keine Begründung.

Der Rechtsstreit wird erst dann an das
Amtsgericht JEVER
26441 Jever

abgegeben, wenn Sie auch die nachstehend berechneten weiteren Kosten bezahlt haben.

Wert des Widerspruchs: *****820,15 EUR

Gerichtsgebühr (§ 11, Nr. 1210 KV GKG (früher Nr. 1201 KV)) *****112,50 EUR

Zahlungsbetrag

*****112,50 EUR

Benutzen Sie zur Zahlung dieser Kosten den beigefügten vorbereiteten Zahlungsvordruck;
verwenden Sie bitte keine Gerichtskostenmarken oder Gebührenstempeler.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht Stuttgart



10) Abgabe nach Widerspruch / Einspruch

a) Abgabe

Der Rechtsstreit wird nach Einspruch ohne Kostenzahlung, nach Widerspruch auf Antrag des Antragstellers erst dann abgegeben, wenn die Gebühr für das Mahnverfahren und der "zweite Prozesskostenanteil" vollständig bezahlt sind (§§ 3, 12 Abs. 1, 3 GKG, Nr. 1210 KV), s.a. Anhang 1.

Beantragt der Antragsteller den Erlass eines Teil-Vollstreckungsbescheids, wenn der Antragsgegner nur gegen einen Teil des Anspruchs Widerspruch erhoben hat (siehe hierzu auch die Erläuterungen im Vordruck "Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids"), so erfolgt die Abgabe des Rechtsstreits - nach Zahlung sämtlicher Kosten - erst nach Erteilung des Vollstreckungsbescheids und Übersendung der Ausfertigungen an den Antragsteller.

b) Abgabenachricht

Durch die Abgabenachricht werden die Parteien von der Abgabe des Rechtsstreits an das zuständige Prozessgericht unterrichtet.

Die Abgabenachricht enthält das Datum der Abgabe, die Mitteilung, ob Widerspruch oder Einspruch erhoben wurde, das Eingangsdatum des Widerspruchs bzw. Einspruchs und die Bezeichnung des Prozessgerichts, an das der Rechtsstreit abgegeben wurde.

Bei einem verspäteten Widerspruch, der als Einspruch zu behandeln ist, werden dem Antragsteller außerdem sämtliche schriftliche Angaben des Antragsgegners zum Widerspruch mitgeteilt.

Muster (Nachricht für den Antragsteller): folgende Seite

Amtsgericht Stuttgart
- Mahnabteilung -
70154 Stuttgart

Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
05-0031147-0-2

Mahnsache **ROWEN'S OL GMBH**
gegen **JOAN CHARLOTTE MERGER**

Tel.: 0711/921-3344

wegen **Kaufvertrag**
U.A.

*******79,55 EUR**

Abgabensachricht
vom 19.04.2005

Ihr Geschäftszeichen:
00043-05-Kö

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Rechtsanwälte
DR. Paul, Köppel & Singer
Liebachweide 10

21557 Loßkarpen

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der obengenannten Mahnsache wurde am **18.04.2005**
vom Antragsgegner

**verspätet Widerspruch erhoben, der gemäß § 694 Abs.2 Satz 1 der
Zivilprozessordnung als Einspruch behandelt wird.**

Demgemäß ist der Rechtsstreit zur Durchführung des streitigen Verfahrens an das
Amtsgericht Loßkarpen
- Zivilabteilung -
21557 Loßkarpen

abgegeben worden. Diesem Gericht bleibt die Prüfung seiner Zuständigkeit vorbehalten.

Richten Sie bitte künftige Eingaben nur noch an das vorbezeichnete Prozessgericht.

Der Einspruch richtet sich gegen einen Teil des Anspruchs und zwar
- gegen die gesamten Zinsen
- gegen die gesamten Verfahrenskosten

Der Einspruch enthält keine Begründung.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht Stuttgart



c) Aktenausdruck

Gleichzeitig mit der Abgabe wird für das Prozessgericht eine Abgabeverfügung und ein Aktenausdruck gemäß § 696 Abs. 2 ZPO erstellt, der alle elektronisch gespeicherten Daten des abzugebenden Mahnverfahrens wiedergibt.

Der erste Teil des Aktenausdrucks stellt die Entscheidung (Mahnbescheid oder Vollstreckungsbescheid) dar, gegen die sich der Rechtsbehelf wendet. Im zweiten Teil wird in chronologischer Reihenfolge der gesamte Verfahrensablauf dokumentiert. Dem Aktenausdruck werden grundsätzlich keine Originalbelege beigelegt, da für ihn die Beweiskraft öffentlicher Urkunden gilt (§ 696 Abs. 2 Satz 2 ZPO).

Hat der Antragsgegner ohne Verwendung des Vordrucks Widerspruch eingelegt, so wird dem Aktenausdruck jedoch das Widerspruchsschreiben beigelegt.

Muster des Titelblatts eines Aktenausdruckes (stark verkleinert):

001	Antsgericht Stuttgart	Mahnseite	Fridolin Gläubiger
X	- Mahnabteilung -	gegen	Hugo Schuldner
0001	70154 Stuttgart	Gesch.Nr.	02-0000011-0-5
		Seite	00
	A b g a b e v e r f ü g u n g	vom:	23.09.2002
			70154 STUTTGART, 23.09.2002
	Landgericht STUTTGART		
	- Zivilkammer -		
	70182 STUTTGART		
	In obiger Sache erhalten Sie einen Aktenausdruck gem. § 696 Abs.2 ZPO. Für folgenden Antragsgegner liegen die Voraussetzungen zur Abgabe des Verfahrens nach W i d e r s p r u c h vor:		
	Hugo Schuldner		
	Wegen dieses Antragsgegners wird der Rechtsstreit zur Durchführung des streitigen Verfahrens von Amts wegen abgegeben.		
	BASLER Rechtspfleger		
	H i n w e i s e :		
	- Bitte senden Sie die auf der letzten Seite vorbereitete Ü b e r n a h m e b e s t ä t i g u n g zurück.		
	- Geschäftszeichen des Antragstellers / Prozeßbevollmächtigten RJ-RJ-02/00713-1 JU/EK		
	Bitte bei Schreiben an diese Partei/en angeben		



III. Besondere Verfahrensgestaltungen

1) Nicht-EDV-Fälle

Im automatisierten Mahnverfahren werden aus Gründen der Verfahrenskontrolle durch den Rechtspfleger oder aus technischen und konzeptionellen Gründen einzelne Mahnverfahren von Anfang an oder im weiteren Verfahrensablauf von der maschinellen Bearbeitung ausgenommen.

Diese Verfahren bearbeitet der Rechtspfleger auf herkömmliche Weise; Akten werden angelegt. Für diese sogenannten Nicht-EDV-Fälle (davon zu unterscheiden sind die auf Seite 12, Ziff. 7 beschriebenen Fälle) sind dieselben Vordrucke wie bei maschineller Bearbeitung vorgeschrieben. Die vom Gericht übersandten vorbereiteten Vordrucke für Folgeanträge bzw. für den Widerspruch sind mit einer schwarzen Ecke oben rechts gekennzeichnet, um die Aussonderung beim Rücklauf zu erleichtern. Der Geschäftsnummer wird ein "N" angefügt (siehe hierzu Seite 10).

Im Ablauf des Verfahrens besteht kein Unterschied zwischen Nicht-EDV-Fällen und EDV-Fällen.

2) Kennziffer

Antragsteller und Prozessbevollmächtigte können ihre Bezeichnung und Anschrift für Anträge an die Mahnabteilung des Amtsgerichts durch eine von diesem Gericht zu vergebene Kennziffer verschlüsseln lassen, z.B. **07213460**.

Im Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids (z.B. Zeile 9 bzw. Zeile 47 des Vordrucks) ist dann anstelle der vollständigen Bezeichnung des Antragstellers und seiner gesetzlichen Vertreter oder des Prozessbevollmächtigten nur diese achtstellige Kennziffer ohne jeden weiteren Zusatz anzugeben (eine in der Kennziffer enthaltene führende Null kann weggelassen werden). Im Mahnbescheid und Vollstreckungsbescheid sowie in den Anschriften aller vom Gericht erstellten Schriftstücke wird die Bezeichnung so ausgeschrieben, wie sie dem Antrag auf Kennziffer entspricht.

Im elektronischen Datenaustausch (s. Seite 59) ist die Verwendung einer Kennziffer notwendig, nicht jedoch bei Antragstellung über online-Mahnantrag (s. Seite 61) .

Die Erteilung einer Kennziffer kann formlos bei dem zuständigen Mahngericht beantragt werden. Im Antrag müssen alle sonst im Mahnbescheidsantrag anzugebenden Angaben, bei juristischen Personen insbesondere Rechtsform und gesetzliche Vertreter, angegeben werden. Eine Bankverbindung kann zusätzlich angegeben werden.

Mit der Kennziffer können eine Reihe weiterer Möglichkeiten verbunden werden, z.B. die Einzugsermächtigung, eine besondere Versandanschrift usw.

Für die Erteilung der Kennziffer entstehen keine Kosten.

Nähere Auskunft zur Vergabe und Zulässigkeit von Kennziffern erteilen die jeweils zuständigen Amtsgerichte, s. Anhang 4.

3) Einzugsermächtigung für die Gerichtskosten

Der Antragsteller bzw. Prozessbevollmächtigte kann der jeweiligen Landesoberkasse/Landesjustizkasse/Gerichtskasse für die im automatisierten Mahnverfahren anfallenden Gerichtskosten Einzugsermächtigung erteilen. Die Vergabe einer Kennziffer ist Voraussetzung für die Durchführung des Kosteneinzugs. Das gilt nicht bei Antragstellung über online-Mahnantrag (S. 59); hier kann die Abbuchungsermächtigung für den einzelnen Antrag unmittelbar erteilt werden.

Der Einzug erfolgt mindestens einmal wöchentlich. Zusätzlich zur Kostenrechnung, die für jedes Verfahren erstellt wird, erhält der Antragsteller bzw. Prozessbevollmächtigte, der Einzugsermächtigung über eine Kennziffer erteilt hat, zum Einzugstermin eine sogenannte "Nachweisliste bei Einzug" (siehe Muster Seite 58). Diese enthält neben Angaben zur Lastschrift selbst für sämtliche vom Einzug betroffenen Verfahren die Geschäftsnummer des Gerichts, das Geschäftszeichen des Antragstellers / Prozessbevollmächtigten (Zeile 51 MB-Antrag) und die eingezogenen Kosten.

Wegen des Versands der Kostenrechnung vgl. Seite 29.

Die Einzugsermächtigung umfasst die Gerichtsgebühr und eventuelle Zustellungsauslagen für das Mahnverfahren.

Die Einzugsermächtigung umfasst dagegen **nicht** die Zahlung des zweiten Prozesskostenanteils (§ 12 Abs. 3 Satz 3 GKG) im Falle des Widerspruchs. Da in der Zahlung dieser Kosten eine Prozesshandlung liegen kann, muss diese in der alleinigen Entscheidung des Antragstellers verbleiben.

Der Widerspruchsnachricht ist daher stets ein vorbereiteter Zahlungsvordruck beigelegt (vgl. Seite 49).

Die Gebühr für das Mahnverfahren wird nach Erlass des Mahnbescheids zum nächsten möglichen Termin eingezogen, eventuelle Zustellungsauslagen (soweit die Anzahl von 10 Zustellungen überschritten wird) für den Vollstreckungsbescheid nach Erlass des Vollstreckungsbescheids, sonst nach dem entsprechenden Auftrag an die Post.

Muster "Nachweisliste bei Einzug": folgende Seite.

Tel.: 0711/921-1234,

XXXX

XXXX

0002

Ihr Geschäftszeichen:
XXXXXXXXXX

Amtsgericht Stuttgart, 70154 Stuttgart

Stuttgart, den 29.04.2008

Rechtsanwalt
Franz Test
Schloßgarten 45
77777 Stuttgart

Kennziffer: 7000000
Einzug-Nr: 24

Betrifft Lastschrift:
24 7000000 EZ 29.04.2008

Mahngericht:
Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

vereinbarungsgemäß wurde wegen offener Gerichtskosten zu Lasten Ihres Kontos Nr. 123456789, BLZ 511 222 33 folgender Einziehungsauftrag erteilt.

Es wird darauf hingewiesen, dass Kostenschuldner im Sinne des § 22 GKG der Antragsteller des jeweiligen Verfahrens ist.

Verfahrensgebühren §§ 3, 34, Nr. 1110 KV GKG.

Geschäftsnummer	Betrag EUR	Ihr Geschäftszeichen/Partei
08-1234441-0-2	23,00	V12-123456.1 Maier ./ . Schulze
08-2334545-0-8	23,00	F123-3333333 Müller ./ . Schmidt
08-3444444-0-3	23,00	GB 88888-3333 Huber ./ . Geiger
08-4121212-0-9	27,50	WM 2006 Muster ./ . Kaiser
08-5343333-0-0	23,00	BHG 3333-33-3-08 Klein ./ . Groß
08-6344445-0-4	23,00	EMK 22333223 Viel ./ . Wenig
08-7422333-1-1	27,50	ABO 2234 4455 Berger ./ . Renz
Abschnittssumme:	170,00 EUR	für 7 Verfahren.
Gesamtsumme:	170,00 EUR	für 7 Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen
Amtsgericht Stuttgart



4) Elektronischer Datenaustausch ("EDA")

Die automatisierte Bearbeitung der Mahnsachen ermöglicht, Anträge auf Erlass eines Mahnbescheids und andere Verfahrensanträge in einer nur maschinell lesbaren Aufzeichnung einzureichen (§ 690 Abs. 3 ZPO). Mitteilungen des Gerichts können in derselben Form erfolgen. Der elektronische Datenaustausch (EDA) kommt für Antragsteller und Prozessbevollmächtigte mit EDV-Anlagen/PC in Betracht, die Datensätze nach den Teilnahmebedingungen der Justiz („Konditionen für den elektronischen Datenaustausch im automatisierten gerichtlichen Mahnverfahren“) auf Magnetbandkassetten, Disketten oder für die Datenfernübertragung (Übermittlung über das Internet) erstellen können.

Folgende Anträge **an das Amtsgericht** sind im EDA möglich:

- Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids
- Antrag auf Neuzustellung eines Mahnbescheids
- Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids
- Antrag auf Neuzustellung eines Vollstreckungsbescheids
- Monierungsantwort
- Antrag auf Einzug der Kosten für das streitige Verfahren

Folgende Mitteilungen **vom Gericht** werden auf Wunsch im EDA übermittelt / übersandt:

- Kostenrechnung
- Zustellungs- bzw. Nichtzustellungsnachricht
- Monierung
- Widerspruchsnachricht
- Abgabennachricht

Voraussetzung ist stets, dass zunächst der Mahnbescheidsantrag im EDA übersandt bzw. übermittelt wird. Weitere Anträge und Mitteilungen können nach Bedarf und in beliebiger Reihenfolge erfolgen.

Die Vorteile des EDA (z.B. Einsparung von Vordruckkosten, keine fehleranfällige Ausfüllung von Antragsvordrucken) werden inzwischen intensiv genutzt; **ca. 75% aller Mahnverfahren werden bereits im Wege des EDA beantragt.**

Wenn regelmäßig Mahnbescheidsanträge in größerer Zahl gestellt werden, sollten nähere Einzelheiten bei den Mahnabteilungen der zuständigen Amtsgerichte, s. Anhang 4, erfragt werden. Dort können auch die "Konditionen für den elektronischen Datenaustausch" und eine Übersicht von Softwareherstellern angefordert werden, die Softwareprodukte für die EDA-Antragstellung im automatisierten gerichtlichen Mahnverfahren anbieten.

Der elektronische Datenaustausch kann in folgenden Formen durchgeführt werden (zu den zugelassenen Einreichungsarten bei den einzelnen Mahngerichten s. Übersicht Anhang 4, S. 86):

- a) Datenträgeraustausch mit Magnetbandkassetten
- b) Datenträgeraustausch mit Disketten (zugelassen sind Disketten im Format 3,5 Zoll)
- c) Datenübertragung über das Internet ("WEB-DFÜ") per EGVP

Die mit einer Mahnsoftware (Branchensoftware usw.) erstellten Datensätze für die möglichen Antragsarten können über das Internet und einen dem jeweiligen Mahngericht zugeordneten Server übermittelt, die gerichtlichen Mitteilungen elektronisch abgeholt werden. An die Übermittlung sind besondere Sicherheitserfordernisse geknüpft (§ 690 Abs. 3 2. Halbsatz ZPO), z.B. die Verwendung der digitalen Signatur und Verschlüsselungstechnologien. Informationen sind über die Hersteller der Branchensoftware oder die Mahngerichte (s. Anhang 4) zu erhalten. Informationen zum Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP sind auch über www.egvp.de erhältlich.

5) Online-Antragstellung über das Internet

Anträge auf Erlass eines Mahnbescheids können auch mit einem interaktiven Antragsformular unmittelbar ins Internet eingegeben werden. Hierbei erfolgt bereits eine umfangreiche Plausibilitätsprüfung. Die Antragsdaten können dann entweder auf weißes Papier (Umsetzung der Antragsdaten in einen Barcode-Ausdruck) gedruckt oder elektronisch übermittelt werden („Versand per Internet“). **Beide** Antragsformen erfüllen die Anforderungen eines nur maschinell lesbaren Antrags (§ 690 Abs. 3 ZPO i. d. F. ab 1.12.2008).

Der per Post dem Gericht zu übersendende „Barcode-Antrag“ besteht immer aus einem zu unterschreibenden Anschreiben an das Gericht, einer Darstellung der Antragsdaten in Klarschrift und einem Barcode-Ausdruck, s. dazu Muster (verkleinert) auf den Seiten 7 und 8.

Bei einem Antragsversand per Internet sind an die elektronische Übermittlung besondere Sicherheitserfordernisse geknüpft (§ 690 Abs. 3 2. Halbsatz ZPO), z.B. Verschlüsselung der Daten und Verwendung der qualifizierten digitalen Signatur.

Der Zugang zu diesem online-Angebot ist über **www.online-mahnantrag.de**, (s. Anhang 6) über die Internetportale der Mahngerichte (www.mahngerichte.de) und Landesjustizverwaltungen / Gerichte (s. Anhang 5) sowie über das Justizportal des Bundes und der Länder www.justizportal.de, dort unter „Onlinedienste“ und „Mahnverfahren“, möglich.

6) Orts- und Gerichtsdatei / Ermittlung des zuständigen Gerichts

Eine Auskunft zur Zuständigkeit ordentlicher Gerichte ist im Internet verfügbar. Der Zugang kann über das Justizportal des Bundes und der Länder **www.justiz.de**, dort unter „Orts- / Gerichtsverzeichnis“ , über das Internetportal der Mahngerichte (www.mahngerichte.de) sowie z. T. über die Internet-Portale der Justizverwaltungen (vgl. Anhang 5) erfolgen.

Das Amtsgericht Stuttgart stellt außerdem eine Orts- und Gerichtsdatei für Auskunftszwecke als PC-Software auf Diskette entgeltlich (50,-- EUR) zur Verfügung. Erwerbem soll damit die Möglichkeit gegeben werden, aufgrund von Ortsangaben (PLZ und/oder Ort) das zuständige Gericht für das streitige Verfahren u.a. Gerichte zu bestimmen und damit insbesondere Beanstandungen gerichtlicher Anträge wegen falscher Gerichtsangaben zu vermeiden. Die Datei wurde inzwischen in großem Umfang von Antragstellern, Prozessbevollmächtigten und Verwaltungen erworben.

Die Datei enthält u.a.

- alle Orte Deutschlands mit den dazugehörenden Postleitzahlen,
- das für jeden Ort zuständige Amts-, Land- und Oberlandesgericht,
- Angaben zu Kammern für Handelssachen,
- Zweigstellen von Amtsgerichten, auswärtige Kammern für Handelssachen sowie Familiengerichte, wenn diese bei einem vom zuständigen Amtsgericht abweichenden Ort eingerichtet sind,
- das für das Mahnverfahren zuständige Gericht, wenn für den Ort die maschinelle Bearbeitung zugelassen wurde,

- Straßen und die dafür zuständigen Gerichte, wenn für eine PLZ/Ortsangabe mehrere Gerichte zuständig sind; es werden nur die Straßen für die Alternativgerichte geführt.

Die Datei wird als Einzelplatzversion zur Verfügung gestellt und zwar auf 3,5“-Disketten (Betriebssystem MS-DOS ab Version 3.0, notwendig mindestens 5 MB freier Festplattenspeicherplatz und 640 KB Hauptspeicher) sowie für MS-Windows (ab Windows 95) auf Disketten oder CD-ROM.

Die Bezugskonditionen sind beim Amtsgericht Stuttgart - siehe Anhang 4 - zu erfahren.

Für den Erwerb der Datei ist die schriftliche Bestellung erforderlich.

IV. Ausfüllbeispiele für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

Stichwort:	Seite
Andere Nebenforderungen	73/74
Antragsteller / Antragsgegner <ul style="list-style-type: none">• natürliche Person, Einzelfirma• juristische Person u. dgl. (GmbH, KG)• Kennziffer, GmbH u. Co.KG	65/66 67/68 69/70
Auslagen/andere Nebenforderungen des Antragstellers	73/74
Geschäftszeichen des Antragstellers/Prozessbevollmächtigten	79/80
Hauptforderung <ul style="list-style-type: none">• Katalognummer (Warenlieferung, Miete)• Scheck-/Wechselmahnverfahren, Urkundenmahnverfahren• Sonstiger Anspruch• Anspruch nach Verbr.darlehensvertrag §§ 491-504 BGB	71/72 73/74 71/72 77/78
Prozessbevollmächtigter/Geschäftszeichen	79/80
Zinsen <ul style="list-style-type: none">• laufende Zinsen• Zinsstaffel• vom Antragsteller ausgerechnete Zinsen	75/76 75/76 75/76

1. Antragsteller, Antragsgegner

Beachten Sie die Erläuterungen in den Hinweisen zum Vordruck für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides (Seite 18) zu Zeilen 2 - 31.

Beispiel 1

(siehe nebenstehendes Muster)

a) Natürliche Personen - Eheleute -

siehe Eintragung in den Zeilen 3 - 7 bzw. 17 - 22

- Ehegatten: bei gleichem Namen und gleicher Anschrift genügen zur Bezeichnung des anderen Ehegatten in Spalte 2 die Angabe Herr bzw. Frau und die Eintragung des Vornamens (s. Spalte 2 Zeilen 3-4)

Hinweise:

- Berufsbezeichnung, Geburtsdatum: diese Angaben sollten **nur** zur Vermeidung von Verwechslungen erfolgen.
- Akademische Titel können dem **Vornamen** vorangestellt werden
- Bankverbindung des Antragstellers: Im Vordruck ist dafür kein besonderer Raum vorgesehen. Die Eintragung kann aber in Zeile 49 erfolgen; die Zeilen 46 - 48 dürfen dann nicht ausgefüllt werden.

b) Einzelfirma

siehe Eintragung in den Zeilen 8 – 11

Einzelkaufleute müssen seit dem 1.4.2003 gem. § 19 Abs. 1 Nr. 1 HGB obligatorisch durch einen Rechtsformzusatz „eingetragener Kaufmann“, „eingetragene Kauffrau“ oder allgemein verständliche Abkürzungen dieser Bezeichnungen, z.B. „e.K.“, „e.Kfm.“ oder „e.Kfr.“ in der Firma auf ihre Kaufmannseigenschaft hinweisen. Wenn weder Kaufmannseigenschaft noch Handelsregistereintragung vorliegt, ist der Antragsteller (bzw. der Antragsgegner) als natürliche Person in Spalte 1/2 des Vordrucks (Herr/Frau) einzutragen.

Hinweis:

Die meisten Mahngerichte beanstanden seit dem 1.4.2003 den fehlenden Rechtsformzusatz.

Wird ein fehlender Rechtsformzusatz nicht beanstandet, ist der Name des Inhabers anzugeben, wenn dieser nicht bereits im Firmennamen enthalten ist. Inhaber kann nur eine einzelne natürliche Person sein. Da der Inhaber **kein** gesetzlicher Vertreter ist, muss die Eintragung in den Zeilen 9 / 10 (s. Beispiel) bzw. 24 erfolgen, **nicht** in den Zeilen 12-16 bzw. 27-31.

Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

- Nicht verwendbar für Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister -

Zeilen-
nummer

Datum des Antrags

B

Bitte beachten Sie die Ausfüllhinweise!

Antragsteller

Bei mehreren Antragstellern: Es wird versichert, dass der in Spalte 1 Bezeichnete bevollmächtigt ist, die weiteren zu vertreten.

Spalte 1

1 1 = Herr
2 = Frau

Vorname

Franz

Nachname

Muster

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Hauptstraße 8

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

22523 Hamburg

Spalte 2 Weiterer Antragsteller

2 1 = Herr
2 = Frau

Vorname

Marianne

Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

Spalte 3 Nur Firma, Juristische Person u. dgl. als Antragsteller

Rechtsform, z.B. GmbH, AG OHG, KG

3 3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH & Co KG sonst Rechtsform:

Vollständige Bezeichnung

Herbert Müller e.K., Großhandel

Fortsetzung von Zeile 9

Inh. Georg Schäfer

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

Wertstraße 17

22523 Hamburg

Gesetzlicher Vertreter

Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)

Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist

Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist

Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)

Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)

Vor- und Nachname

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

Antragsgegner

X Antragsgegner sind Gesamtschuldner

Spalte 1

1 1 = Herr
2 = Frau

Vorname

Josef

Nachname

Kunst

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Ringstraße 4

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

70180 Stuttgart

Spalte 2 Weiterer Antragsgegner

1 1 = Herr
2 = Frau

Vorname

Harald

Nachname

Schöne

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Wassergraben 14

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

71229 Leonberg

Spalte 3 Nur Firma, Juristische Person u. dgl. als Antragsgegner

Rechtsform, z.B. GmbH, AG OHG, KG

3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH & Co KG sonst Rechtsform:

Vollständige Bezeichnung

Fortsetzung von Zeile 9

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –

Postleitzahl Ort

Ausl.Kz.

Beispiel 2

(siehe nebenstehendes Muster)

a) Juristische Personen - GmbH -

siehe Eintragung in den Zeilen 8 - 14

In der Zeile 8 (23) muss die Rechtsform angegeben werden; es sollten dafür die gebräuchlichen Abkürzungen verwendet werden. Die Angabe ersetzt nicht den evtl. Zusatz in der Firmenbezeichnung. In der Zeile 12 (27) ist die Spaltenangabe "3" notwendig, um die Zugehörigkeit des gesetzlichen Vertreters zum Antragsteller (Antragsgegner) zu kennzeichnen.

b) Juristische Person - KG

siehe Eintragung in den Zeilen 23 - 29

Als Antragsgegner werden im Beispiel die KG sowie die Komplementäre in Anspruch genommen (= 3 Antragsgegner). Die Komplementäre sind als Antragsgegner in den Spalten 1 und 2 vollständig und als gesetzliche Vertreter der KG in den Zeilen 27 - 29 zu bezeichnen.

8	Spalte 3	Nur Firma, Juristische Person u. dgl. als Antragsteller	Rechtsform, z.B. GmbH, AG OHG, KG	
		3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH & Co KG sonst Rechtsform:	GmbH	
9		Vollständige Bezeichnung		
		ESW Eisenwerke GmbH		
10		Fortsetzung von Zeile 9		
11		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Postleitzahl Ort	Ausl.Kz
		Kanalstraße 43-47	71088 Holzgerlingen	
12		Gesetzlicher Vertreter	Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)	
		3 ◀ Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	3 ◀ Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	
13		Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)	Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)	
		Geschäftsführer	Geschäftsführer	
14		Vor- und Nachname	Vor- und Nachname	
		Peter Knoll	Walter Hammer	
15		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
16		Postleitzahl Ort	Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort
17		Antragsgegner	<input checked="" type="checkbox"/> ◀ Antragsgegner sind Gesamtschuldner	
18	Spalte 1	1 = Herr 2 = Frau	Spalte 2	Weiterer Antragsgegner
		1		2
19		Vorname	Vorname	
		Franz	Gisela	
20		Nachname	Nachname	
		Schuster	Bauer	
21		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
		Goethestraße 5	Schillerstraße 17	
22		Postleitzahl Ort	Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort
		75015 Bretten		75015 Bretten
23	Spalte 3	Nur Firma, Juristische Person u. dgl. als Antragsgegner	Rechtsform, z.B. GmbH, AG OHG, KG	
		3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH & Co KG sonst Rechtsform:	KG	
24		Vollständige Bezeichnung		
		Schuster und Bauer KG		
25		Fortsetzung von Zeile 9		
26		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Postleitzahl Ort	Ausl.Kz
		Industriestraße 81	76646 Bruchsal	
27		Gesetzlicher Vertreter	Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)	
		3 ◀ Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	3 ◀ Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	
28		Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)	Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)	
		Komplementär	Komplementär	
29		Vor- und Nachname	Vor- und Nachname	
		Franz Schuster	Gisela Bauer	
30		Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	
31		Postleitzahl Ort	Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort

Beispiel 3

(siehe nebenstehendes Muster)

a) Kennziffer für Antragsteller

siehe Eintragung in der Zeile 9

Die Kennziffer ist immer in Zeile 9 einzutragen. Alle übrigen Angaben in den Zeilen 8 (Anrede und Rechtsform) und in den Zeilen 10 bis 16 müssen unterbleiben.

Ist unter der Antragsteller-Kennziffer auch die Kennziffer für den Prozessbevollmächtigten verschlüsselt, so darf die Kennziffer für den Prozessbevollmächtigten nicht mehr in Zeile 47 eingetragen werden.

b) Juristische Person - GmbH & Co.KG -

siehe Eintragung in den Zeilen 18 - 29

Beachten Sie die Hinweise zum Vordruck MB-Antrag "Nur für GmbH u. Co.KG u.ä.:"

- In den Zeilen 23 (8) ist die besondere Schlüsselzahl "4" anzugeben; die Angabe der Rechtsform für die GmbH & Co.KG erübrigt sich.
- Die GmbH als Komplementärin ist in den Spalten 1 oder 2 anzugeben; der Anredeschlüssel Zeile 18 (3) bleibt frei. Der gesetzliche Vertreter der GmbH (Geschäftsführer) ist in den Zeilen 27 bis 29 (12 bis 14) einzutragen. In der Zeile 27 (12) ist die Nummer der Spalte der GmbH anzugeben.
- Ähnliche Rechtsformen: Bei einer AG u. Co.KG, OHG u. Co.KG usw. erfolgen die Eintragungen in gleicher Weise; in den Zeilen 23 (8) muss jedoch die entsprechende Rechtsform angegeben werden.

Hinweis:

Die falsche Eintragung einer GmbH & Co.KG und die fehlende GmbH sind häufige Fehler.

2	Antragsteller	Bei mehreren Antragstellern: Es wird versichert, dass der in Spalte 1 Bezeichnete bevollmächtigt ist, die weiteren zu vertreten.
	Spalte 1	Spalte 2 Weiterer Antragsteller
3	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 1 = Herr 2 = Frau	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 1 = Herr 2 = Frau
4	Vorname	Vorname
5	Nachname	Nachname
6	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –
7	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.
8	Spalte 3 Nur Firma, Juristische Person u. dgl. als Antragsteller	Rechtsform, z.B. GmbH, AG OHG, KG
9	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH & Co KG sonst Rechtsform: Vollständige Bezeichnung	
10	07123456	
11	Fortsetzung von Zeile 9	
12	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.
13	Gesetzlicher Vertreter	Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)
14	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist
15	Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)	Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)
16	Vor- und Nachname	Vor- und Nachname
17	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –
18	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.
19	Antragsgegner	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Antragsgegner sind Gesamtschuldner
20	Spalte 1	Spalte 2 Weiterer Antragsgegner
21	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 1 = Herr 2 = Frau	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 1 = Herr 2 = Frau
22	Vorname	Vorname
23	Nachname	Nachname
24	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –
25	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.
26	Spalte 3 Nur Firma, Juristische Person u. dgl. als Antragsgegner	Rechtsform, z.B. GmbH, AG OHG, KG
27	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 3 = nur Einzelfirma 4 = nur GmbH & Co KG sonst Rechtsform: Vollständige Bezeichnung	
28	4	
29	Reder Bau GmbH & Co. KG	
30	Fortsetzung von Zeile 9	
31	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.
32	Körschstraße 2	76149 Karlsruhe
33	Gesetzlicher Vertreter	Gesetzlicher Vertreter (auch weiterer)
34	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Nr. der Spalte, in der der Vertretene bezeichnet ist
35	Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)	Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)
36	Geschäftsführer	
37	Vor- und Nachname	Vor- und Nachname
38	Emil Schade	
39	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –
40	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.	Postleitzahl Ort Ausl.Kz.
41		

2. Bezeichnung des Anspruchs

Beachten Sie die Erläuterungen in den Hinweisen zum Vordruck MB-Antrag unter "Hauptforderung (Zeilen 32 - 39)".

Beispiel 4 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 32, 33)

Hauptforderung (Katalog-Nr.) (Warenlieferung)

Zur Bezeichnung der Hauptforderung ist aus dem Hauptforderungs-Katalog (siehe Seite 18 Rückseite und Anhang 2) die zutreffende Katalognummer in die erste Spalte der Zeile 32 (33, 34) einzutragen. Bei mehr als drei Hauptforderungen muss ein Ergänzungsblatt (siehe Seite 20) benutzt werden.

Hinweis: Ein falsch eingetragenes oder fehlendes Fälligkeitsdatum ist ein häufiger Fehler.

Beispiel 5 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 32-35)

Hauptforderung (Katalog-Nr.) (Miete/Mietnebenkosten)

Bei der Miete für Wohnraum / Geschäftsraum (Katalognummern 19 / 17), bei Mietnebenkosten (Nr. 20) und bei Wohngeld- / Hausgeldansprüchen (Nr. 90) ist die mit Postleitzahl und Ort bezeichnete Wohnung in der Zeile 35 anzugeben.

Hinweis: Die fehlende Zusatzangabe in Zeile 35 ist ein häufiger Fehler.

Beispiel 6 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 36, 37)

Sonstiger Anspruch

Die Bezeichnung des Anspruchs in den Zeilen 36, 37 soll nur erfolgen, wenn der Hauptforderungs-Katalog (siehe Anhang 2) nicht ausreicht. Im dargestellten Beispiel wird gegen einen Antragsgegner aus Darlehen, gegen einen weiteren Antragsgegner aus Bürgschaft vorgegangen.

Hinweis: Ein fehlendes Datum (Fälligkeits-, Anspruchsdatum) in der Bezeichnung des sonstigen Anspruchs ist ein häufiger Fehler.

Bezeichnung des Anspruchs

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32	43	Rechnungen	02/813-819	14.02.08	17.03.08	3.500,00
33	43	Rechnung-Rest	02/856	30.03.08		97,00
34						
35	Postleitzahl	Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90	Ausl.Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		- Vertrag

Bezeichnung des Anspruchs

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32	19	Mietvertrag		01.10.07	30.11.07	1.630,10
33	20	Zahlg.-Aufforderung		16.12.07		1.500,00
34						
35	44532	Dortmund		Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		- Vertrag

Bezeichnung des Anspruchs

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32						
33						
34						
35	Postleitzahl	Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90	Ausl.Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		- Vertrag
36	Sonstiger Anspruch – nur ausfüllen, wenn im Katalog nicht vorhanden – mit Vertrags-/Lieferdatum/Zeitraum vom ... bis ...					
	Darlehen gem. Vertrag vom 11.10.2007 hins. Karl Müller, Bürgschaft					
37	Fortsetzung von Zeile 36			vom	bis	Betrag EUR
	hins. Egon Müller gem. Vertrag			18.10.2007		10.000,00

3. Scheck-/Wechsel-/Urkundenmahnverfahren

Beispiel 7 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 32, 36)

Scheckmahnverfahren

Bei der Geltendmachung eines Anspruchs aus einem Scheck im Scheckmahnverfahren wird aufgrund der Angabe der besonderen Verfahrensart in Zeile 36 ein Scheckmahnbescheid (ebenso Wechselmahnbescheid) erlassen. Fehlt die Eintragung in Zeile 36, wird bei Angabe der Katalognummer 30 ein "normaler" Mahnbescheid erlassen.

Beispiel 8 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 36, 37)

Urkundenmahnverfahren

Im Antrag auf Erlass eines Urkundenmahnbescheids ist die komplette Bezeichnung des Anspruchs in Zeilen 36 und 37 einzutragen. Als erstes ist das Wort "Urkundenmahnverfahren" anzugeben. Daran anschließend sind die Urkunde sowie die Hauptforderung mit Datum und Betrag zu bezeichnen. In Zeilen 32 bis 34 darf keine weitere Eintragung erfolgen. Der Mahnbescheid wird als Urkundenmahnbescheid erlassen.

4. Auslagen und andere Nebenforderungen

Beispiel 9 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 43, 44)

§ 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO regelt: Haupt- und Nebenforderungen sind gesondert und einzeln zu bezeichnen. Die anderen Nebenforderungen sind daher nach ihrer Art aufgeschlüsselt.

Auskünfte sind z.B. Kosten für die Einwohnermeldeamtsanfrage, Handelsregisterauskunft, Gewerberegisterauskunft u.ä.

Die Gerichts- und Prozessvertreterkosten werden vom Amtsgericht errechnet und in den Mahnbescheid aufgenommen; diese Kosten dürfen hier nicht eingetragen werden.

Bezeichnung des Anspruchs						
I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –						
Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32	30		679 451	08.10.08		585,70
33						
34						
35	Postleitzahl	Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90	Ausl.Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		- Vertrag
36	Sonstiger Anspruch – nur ausfüllen, wenn im Katalog nicht vorhanden – mit Vertrags-/Lieferdatum/Zeitraum vom ... bis ...					
	Scheckmahnverfahren					
37	Fortsetzung von Zeile 36			vom	bis	Betrag EUR

Bezeichnung des Anspruchs						
I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –						
Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32						
33						
34						
35	Postleitzahl	Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90	Ausl.Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		- Vertrag
36	Sonstiger Anspruch – nur ausfüllen, wenn im Katalog nicht vorhanden – mit Vertrags-/Lieferdatum/Zeitraum vom ... bis ...					
	Urkundenmahnverfahren Notarieller Kaufvertrag vom 12.08.2007, Urkundenrolle					
37	Fortsetzung von Zeile 36			vom	bis	Betrag EUR
	329/07 Notar Hahn, Mayen					25.000,00

IIb. Ausgerechnete Zinsen			III. Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren		
Gemäß dem Antragsgegner mitgeteilter Berechnung für die Zeit			Vordruck/Porto	Sonstige Auslagen	
vom	bis	Betrag EUR	Betrag EUR	Betrag EUR	Bezeichnung
43			1,80		
IV. Andere Nebenforderungen			Anwaltsvergütung für vorgeichtl. Tätigkeit		
Mahnkosten	Auskünfte	Bankrücklastkosten	Inkassokosten	Sonstige Nebenforderung	
Betrag EUR	Betrag EUR	Betrag EUR	Betrag EUR	Betrag EUR	Bezeichnung
44	4,00	7,00			

5. Zinsen

Beachten Sie die Erläuterungen in den Hinweisen zum Vordruck MB-Antrag zu "Laufende Zinsen" und "Ausgerechnete Zinsen"

Beispiel 10

- **laufende Zinsen** - (Zeilen 32, 33, 40, 41)

Bei der Geltendmachung von Zinsen ist die Zeilennummer (32, 33, 34 oder 36) der Hauptforderung, für die Zinsen gefordert werden, in der ersten Spalte der Zeilen 40 bis 42 einzutragen. Es kann entweder ein (bestimmter) "Zinssatz %" oder "% -Punkte über Basiszinssatz" verlangt werden (bei einem Anspruch aus Scheck oder Wechsel höchstens 2 % über dem Basiszinssatz).

Beispiel 11

- **laufende Zinsen: Zinsstaffel** - (Zeilen 40-42)

Wenn für eine Hauptforderung oder einen Teil davon unterschiedliche Zinssätze geltend gemacht werden sollen, ist für jeden Zinssatz die Zeilennummer der betreffenden Hauptforderung zu wiederholen.

Die Datumsangaben dürfen sich nicht überschneiden. Werden mehr als 3 Zinszeilen benötigt, ist ein Ergänzungsblatt (siehe Seite 20) erforderlich.

Beispiel 12

- **Ausgerechnete Zinsen** - (Zeile 43)

In der Zeile 43 des Antragsvordrucks können Zinsen auch für verschiedene Zeiträume, verschiedene Hauptforderungen und unterschiedliche Zinssätze ausgerechnet werden.

Bei der Berechnung ist zu beachten, dass sich die Datumsangaben der laufenden Zinsen (Zeilen 40 bis 42) nicht mit denen der ausgerechneten Zinsen überschneiden dürfen.

Bezeichnung des Anspruchs

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32	43	Rechnungen	082/813-819	14.02.08	17.03.08	3.500,00
33	43	Rechnungs-Rest	08/856	30.03.08		97,00
34						

Ia. Laufende Zinsen

Zeilen-Nr der Hauptforderung	Zinssatz %	oder %-Punkte über Basiszinssatz	1 = jährl. 2 = mtl. 3 = tägl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben.	
					ab oder vom	bis
40		5	1		18.04.08	
41		5	1		01.05.08	
42						

Ia. Laufende Zinsen

Zeilen-Nr der Hauptforderung	Zinssatz %	oder %-Punkte über Basiszinssatz	1 = jährl. 2 = mtl. 3 = tägl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben.	
					ab oder vom	bis
40	12,5		1		18.03.08	31.03.08
41	12,0		1		01.04.08	15.05.08
42	11,5		1		16.05.08	

Ia. Laufende Zinsen

Zeilen-Nr der Hauptforderung	Zinssatz %	oder %-Punkte über Basiszinssatz	1 = jährl. 2 = mtl. 3 = tägl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben.	
					ab oder vom	bis
40	11,0		1		25.05.08	
41						
42						

Ib. Ausgerechnete Zinsen

Gemäß dem Antragsgegner mitgeteilter Berechnung für die Zeit
vom 08.03.08 bis 24.05.08 Betrag EUR 11,85

III. Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren

Vordruck/Porto Betrag EUR	Sonstige Auslagen Betrag EUR	Bezeichnung

6. Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag (§§ 491 bis 504 BGB (Zeile 50))

Beispiel 13

(siehe nebenstehendes Muster)

In der Zeile 50 muss sich der Kreditgeber - bei abgetretenem Anspruch ggf. der Zessionar - erklären. Einzutragen sind die Zeilennummer der Hauptforderung, der nach §§ 492, 502 BGB anzugebende effektive oder anfängliche effektive Jahreszins und das Datum des Vertrages. Bei Forderungen aus Leasing/Mietkauf (Katalognummer 15) sind - im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen für die Anwendung der §§ 491 ff. BGB - nur die Zeilennummer der Hauptforderung und das Datum des Vertrages anzugeben. Im Falle eines Überziehungskredites im Sinne von § 493 BGB (Katalognummer 36) genügt die Angabe der Zeilennummer der Hauptforderung.

Bezeichnung des Anspruchs

Zeilen- Nummer	I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –				
	Katalog-Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum vom bis	Betrag EUR
32	4	Schreiben	876-411	10.10.03	10.000,00
33					
34					

IIa. Laufende Zinsen			1 = jährl. 2 = mtl. 3 = tägl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben. ab oder vom bis
Zeilen-Nr der Hauptforderung	Zinssatz %	oder % über Basiszinssatz			
40		5	1		11.11.03
41	4		1	500,00	11.11.03
42					

IIb. Ausgerechnete Zinsen			III. Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren		
Gemäß dem Antragsgegner mitgeteilter Berechnung für die Zeit vom bis Betrag EUR			Vordruck/Porto Betrag EUR	Sonstige Auslagen Betrag EUR	Bezeichnung
43	09.03.03	10.11.03	500,00		

Von Kreditgebern (auch Zessionar) zusätzlich zu machende Angaben bei Anspruch aus Vertrag, für den das Verbraucherkreditgesetz oder die §§ 491 bis 504 BGB gelten:										
Zeilen-Nr der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins		Zeilen-Nr der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins		Zeilen-Nr der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins
50	01.02.01	11,25								

Darstellung im Mahnbescheid

I. HAUPTFORDERUNG:

Darlehensrückzahlung

gem. SCHREIBEN - 876-411 vom 10.10.03 ****10.000,00 EUR

Anspruch aus Vertrag vom 01.02.01, für den das VerbrKrG / die §§ 491-504 BGB gelten; effektiver/anfänglich eff. Jahreszins 11,250 %

II. KOSTEN WIE NEBENSTEHEND:

*****98,00 EUR

III. ZINSEN:

vom Antragsteller ausgerechnete Zinsen:
vom 09.03.03 bis 10.11.03

*****500,00 EUR

SUMME:

*****10.598,00 EUR

hinzu kommen laufende Zinsen:

Jahreszinsen von *5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus ****10.000,00 EUR seit dem 11.11.03 sowie Verzugsentschädigung für Zinsen *4,000 % Jahreszinsen aus *****500,00 EUR seit dem 11.11.03.

7. Prozessbevollmächtigter/Geschäftszeichen

Beispiel 14 (siehe nebenstehendes Muster Zeilen 46-49, 51)

Hinweis: Seit dem 1.12.2008 dürfen Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister Anträge auf Erlass eines Mahnbescheids in **nur** maschinell lesbarer Form stellen.

- Die Mehrwertsteuer auf die Gebühr und die Auslagen wird nur noch dann berechnet und in den Mahnbescheid (Vollstreckungsbescheid) aufgenommen, wenn in Zeile 46 die Erklärung angekreuzt ist, dass der Antragsteller nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

Die Angabe einer **Kennziffer** ist möglich (Zeile 47), s. Beispiel unten.

- **Bankverbindung (Zeile 49):**
Es kann alternativ Bankleitzahl und Kontonummer oder vollständige IBAN- und BIC-Nummer angegeben werden. Bei Auslandsbezug sollten unbedingt IBAN und BIC angegeben werden.
- **Geschäftszeichen:**
In Zeile 51 des Antrags kann der Antragsteller/Prozessbevollmächtigte sein eigenes Geschäftszeichen eintragen. Es stehen hierfür 35 Schreibstellen zur Verfügung. Das Geschäftszeichen wird auf allen Schriftstücken des Gerichts angegeben und auch dem Antragsgegner mitgeteilt.

Prozessbevollmächtigter des Antragstellers		Betrag EUR		Ornungsgemäße Bevollmächtigung versichere ich.	
46	<input type="checkbox"/> <small>3 = Rechtsbeistand 4 = Herr, Frau 9 = Verbraucherzentrale, -verband</small>	<input type="checkbox"/> <small>Bei Rechtsbeistand: Anstelle der Auslagenpauschale (Nr. 7002 VV RVG) werden die nebenstehenden Auslagen verlangt, deren Richtigkeit versichert wird.</small>		<input type="checkbox"/> <small>Der Antragsteller ist nicht zum Vorsteuer- abzug berechtigt.</small>	
47	Vor- und Nachname 07512345		Postleitzahl	Ort	Ausl.Kz
48	Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –				
49	IBAN oder: Bankleitzahl	Konto-Nr.		BIC (Bank Identifier Code)	

Bezeichnung des Anspruchs

I. Hauptforderung – siehe Katalog in den Hinweisen –

Zeilen- Nummer	Katalog- Nr.	Rechnung/Aufstellung/Vertrag oder ähnliche Bezeichnung	Nr. der Rechng./des Kontos u. dgl.	Datum bzw. Zeitraum (TT.MM.JJ)		Betrag EUR
				vom	bis	
32	43	Rechnung	0815	01.01.08		222,22
33	5	Auftrag		07.01.08		333,33
34	28			08.01.08		444,44
35	Postleitzahl Ort als Zusatz bei Katalog-Nr. 17, 19, 20, 90		Ausl.Kz.	Vertragsart als Zusatz bei Katalog-Nr. 28		
				Darlehens		- Vertrag

IIa. Laufende Zinsen

Zeilen-Nr der Hauptforderung	Zinssatz %	oder %-Punkte über Basiszinssatz	1 = jährl. 2 = mtl. 3 = tägl.	Betrag EUR nur angeben, wenn abweichend vom Hauptforderungsbetrag.	Ab Zustellung des Mahnbescheids, wenn kein Datum angegeben.	
					ab oder vom	bis
40	4		1		01.02.08	
41	12		1		08.02.08	
42		2	1	400,00	09.02.08	

IIb. Ausgerechnete Zinsen

Gemäß dem Antragsgegner mitgeteilter Berechnung für die Zeit vom _____ bis _____ Betrag EUR _____

III. Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren

Vordruck/Porto Betrag EUR	Sonstige Auslagen Betrag EUR	Bezeichnung
3,12		

IV. Andere Nebenforderungen

Mahnkosten Betrag EUR	Auskünfte Betrag EUR	Bankrücklastkosten Betrag EUR	Inkassokosten Betrag EUR	Anwaltsvergütung für vorgerichtl. Tätigkeit Betrag EUR	Sonstige Nebenforderung Betrag EUR	Bezeichnung
5,00	8,00					

Ein streitiges Verfahren wäre durchzuführen vor dem

1 1 = Amtsgericht
2 = Landgericht
3 = Landgericht – Kfz
6 = Amtsgericht – Familiengericht
8 = Sozialgericht

Postleitzahl Ort
in 74072 Heilbronn

Im Falle eines Widerspruchs beantrage ich die Durchführung des streitigen Verfahrens:

Prozessbevollmächtigter des Antragstellers

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung versichere ich.

4 3 = Rechtsbeistand
4 = Herr, Frau
9 = Verbraucherzentrale, -verband

Betrag EUR _____

Bei Rechtsbeistand Anstelle der Auslagenpauschale (Nr. 7002 VV RVG) werden die nebenstehenden Auslagen verlangt, deren Richtigkeit versichert wird.

Der Antragsteller ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Vor- und Nachname
47 Hans Schnell

Straße, Hausnummer – bitte kein Postfach! –
48 Dornerweg 42

Postleitzahl Ort
70567 Stuttgart

Ausl. _____

IBAN oder: Bankleitzahl Konto-Nr. BIC (Bank Identifier Code)
49 60050001 0815081500

Von Kreditgebern (auch Zessionar) zusätzlich zu machende Angaben bei Anspruch aus Verbraucherdarlehensvertrag (§§ 491 bis 504 BGB):

Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins	Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins	Zeilen-Nr. der Hauptforderung	Vertragsdatum	Effektiver Jahreszins
50								

Geschäftszeichen des Antragstellers/Prozessbevollmächtigten

0815/08/1111/08

51

52 **An das
Amtsgericht
- Mahnabteilung -**

Ich erkläre, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, die bereits erbracht wurde oder nicht von einer Gegenleistung abhängt.
Ich beantrage, einen Mahnbescheid zu erlassen und in diesen die Kosten des Verfahrens aufzunehmen.

53 **70154 Stuttgart**
Postleitzahl, Ort

Unterschrift des Antragstellers/Vertreters/Prozessbevollmächtigten

Anhang 1

Gebührentabelle für Gerichtskosten, § 34 GKG

Stand: 01.07.2006

Streitwert bis...	volle Gebühr	½ * Gebühr	Streitwert bis...	volle Gebühr	1/2 Gebühr
300,00 €	25,00 €	* 23,00 €	40.000,00 €	398,00 €	199,00 €
600,00 €	35,00 €	* 23,00 €	45.000,00 €	427,00 €	213,50 €
900,00 €	45,00 €	* 23,00 €	50.000,00 €	456,00 €	228,00 €
1.200,00 €	55,00 €	27,50 €	65.000,00 €	556,00 €	278,00 €
1.500,00 €	65,00 €	32,50 €	80.000,00 €	656,00 €	328,00 €
2.000,00 €	73,00 €	36,50 €	95.000,00 €	756,00 €	378,00 €
2.500,00 €	81,00 €	40,50 €	110.000,00 €	856,00 €	428,00 €
3.000,00 €	89,00 €	44,50 €	125.000,00 €	956,00 €	478,00 €
3.500,00 €	97,00 €	48,50 €	140.000,00 €	1.056,00 €	528,00 €
4.000,00 €	105,00 €	52,50 €	155.000,00 €	1.156,00 €	578,00 €
4.500,00 €	113,00 €	56,50 €	170.000,00 €	1.256,00 €	628,00 €
5.000,00 €	121,00 €	60,50 €	185.000,00 €	1.356,00 €	678,00 €
6.000,00 €	136,00 €	68,00 €	200.000,00 €	1.456,00 €	728,00 €
7.000,00 €	151,00 €	75,50 €	230.000,00 €	1.606,00 €	803,00 €
8.000,00 €	166,00 €	83,00 €	260.000,00 €	1.756,00 €	878,00 €
9.000,00 €	181,00 €	90,50 €	290.000,00 €	1.906,00 €	953,00 €
10.000,00 €	196,00 €	98,00 €	320.000,00 €	2.056,00 €	1.028,00 €
13.000,00 €	219,00 €	109,50 €	350.000,00 €	2.206,00 €	1.103,00 €
16.000,00 €	242,00 €	121,00 €	380.000,00 €	2.356,00 €	1.178,00 €
19.000,00 €	265,00 €	132,50 €	410.000,00 €	2.506,00 €	1.253,00 €
22.000,00 €	288,00 €	144,00 €	440.000,00 €	2.656,00 €	1.328,00 €
25.000,00 €	311,00 €	155,50 €	470.000,00 €	2.806,00 €	1.403,00 €
30.000,00 €	340,00 €	170,00 €	500.000,00 €	2.956,00 €	1.478,00 €
35.000,00 €	369,00 €	184,50 €			

Bei Streitwerten über 500.000,- EUR erhöht sich die volle Gebühr für jeden angefangenen Betrag von weiteren 50.000,- EUR um 150,- EUR, die 1/2 Gebühr um 75,- EUR. Der Streitwert beträgt im Regelfall höchstens 30 Mio. EUR (§ 29 Abs. 2 GKG).

*** Für das Verfahren über den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids wird eine halbe Gebühr erhoben; gem. Nr. 1110 KV GKG beträgt die Mindestgebühr für das Mahnverfahren seit dem 1.7.2006 23,00 EUR.**

Die Gebühr für das Prozessverfahren (streitiges Verfahren) beträgt 3,0 der obengenannten vollen Gebühr; die Gebühr des Mahnverfahrens wird dem Streitwert entsprechend angerechnet.

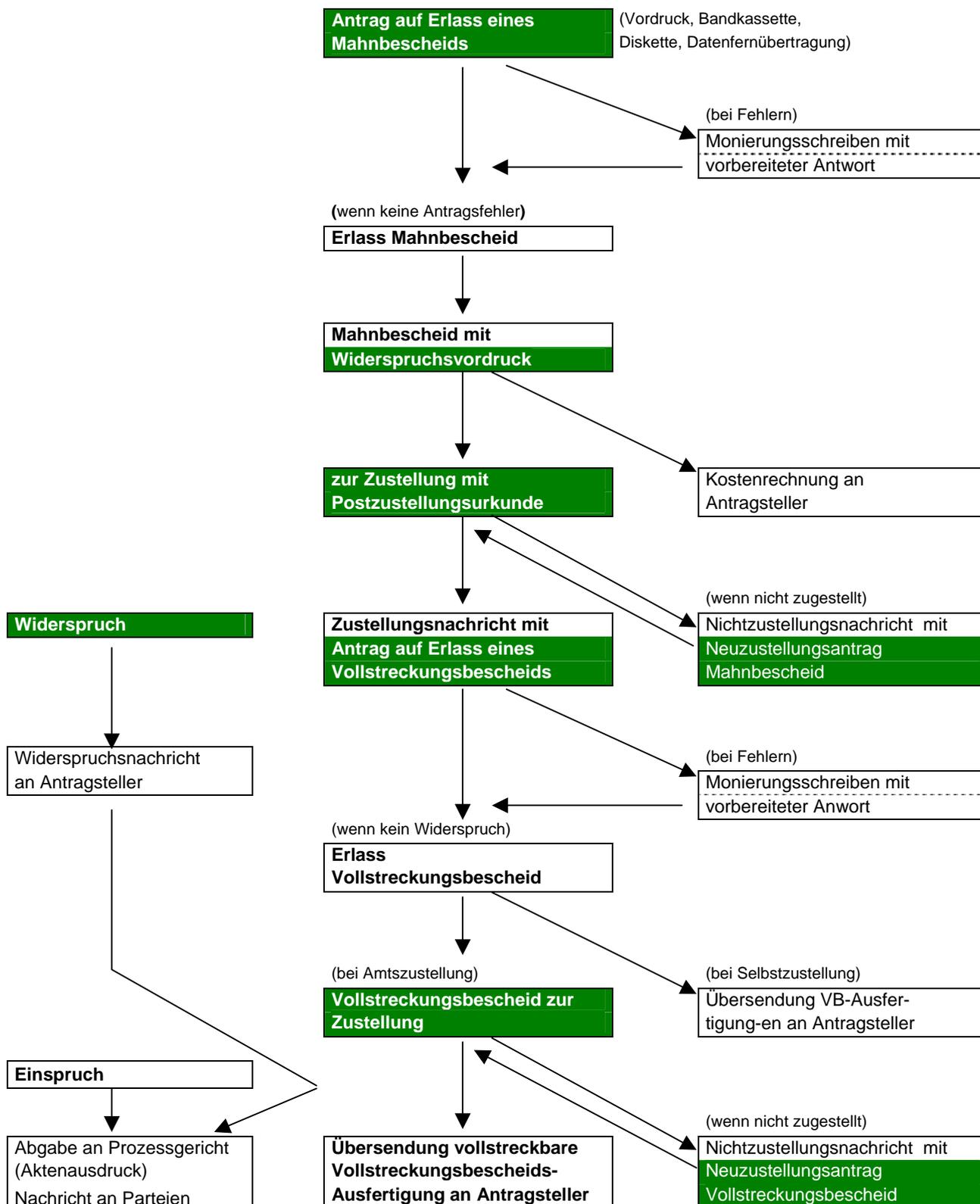
Anhang 2

Erweiterter Hauptforderungs-Katalog Die Hinweise in Klammern bitte unbedingt beachten.

<u>Bezeichnung</u>	<u>Kata- log-Nr.</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Kata- log-Nr.</u>
Anzeigen in Zeitungen u. a.	1	Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandshonorar	24
Ärztliche oder zahnärztliche Leistung	2	Reisevertrag	75
		Rentenrückstände	25
Beiträge zur privaten Pflegeversicherung (Zuständigkeit des Sozialgerichts für das streitige Verfahren)	95	Reparaturleistung	26
Bürgschaft (siehe auch Rückgriff aus Bürgschaft /Garantie)	3	Rückgriff aus Bürgschaft oder Garantie	80
		Rückgriff aus Versicherungsvertrag wegen Unfall/Vorfall	27
		Rückzahlung aus grundpfandrechtlich gesichertem Kredit- Vertrag/gleichgestelltem Darlehen nach Bausparkassenges.	72
Darlehensrückzahlung	4		
Dienstleistungsvertrag	5	Schadenersatz aus - Vertrag	28
(Keine Ansprüche aus Arbeitsvertrag - Zuständigkeit des Arbeitsgerichts)		(Die Vertragsart ist im Vordruck Zeile 35 zweite Hälfte einzutragen.)	
		Schadenersatz aus Unfall/Vorfall	29
Entschädigung des Sortenschutzinhabers für Nachbau	81	Scheck/Wechsel	30
		(Fügen Sie bitte keine Scheck-/Wechselabschrift bei)	
Frachtkosten	6	Scheck-/Wechselprovision (1/3%)	31
		Scheck-/Wechselunkosten - Spesen/Protest -	32
Geschäftsbesorgung durch Selbständige (z. B. Rechtsanwälte, Steuerberater)	7	Schuldanerkenntnis	33
		Speditionskosten	34
Handelsvertreterprovision (Rückzahlung)	54	Telekommunikationsleistungen	76
Handwerkerleistung	8	Tierärztliche Leistung	78
Hausgeld (siehe Wohngeld)		Tilgungs-/Zinsraten	35
Heimunterbringung	9		
Hotelkosten (z. B. Übernachtung, Verzehr, Getränke)	10	Überziehung des Bankkontos	36
		(Konto-Nr. in Zeile 32 - 34 in der 3. Spalte angeben)	
Inkassogelder (kassierte und nicht abgeführte)	55	Ungerechtfertigte Bereicherung	37
		Unterhaltsrückstände	38
Kaufvertrag	11	Urheberrechtl. geschützte Werke	56
Kindertagesstättenbeitrag (Zeitraum von - bis angeben)	70	(unerlaubte Nutzung)	
Kontokorrentabrechnung	12	Urheberrechtl. gesetzl. Vergütungsanspruch § 27 UrhG	57
Krankenhauskosten - Pflege/Behandlung - (siehe auch Wahlleistung)	13	Urheberrechtl. Nutzungsrechte	58
Krankentransportkosten	77	(fällige Pauschale aus Vertrag)	
Kreditkartenvertrag	74	Vergleich, außergerichtlicher	39
Kreditvertrag - Rückzahlung aus ... (siehe Rückzahlung aus)		Vermittlungs-/Maklerprovision	40
		(nicht aus Ehemaklervertrag)	
Lagerkosten	14	Verpflegungskosten	79
Leasing/Mietkauf	15	Versicherungsprämie/-beitrag (ohne Beiträge zur privaten Pflegeversicherung, vgl. Nr. 95)	41
Lehrgangs-/Unterrichtskosten	16	Versorgungsleistung - Strom, Wasser, Gas, Wärme - (Abn./Zähler-Nr. in Zeile 32 - 34 der 3. Spalte eintragen.)	42
Maklerprovision (siehe Vermittlungsprovision)		Versorgungsleistung gem. (Angabe)	60
Miete für Geschäftsraum einschl. Nebenkosten (PLZ und Ort des Geschäftsraumes sind im Vordruck in Zeile 35 einzutragen).	17	Verzugsschaden (nicht anrechenbare Rechtsanwalts- kosten aus vorgerichtlicher Tätigkeit)	71
Miete für Kraftfahrzeug	18	Verzugszinsen (siehe Zinsrückstände)	
Miete für Wohnraum einschl. Nebenkosten (PLZ und Ort der Wohnung sind im Vordruck Zeile 35 einzutragen. Wollen Sie die Nebenkosten getrennt geltend machen, siehe Katalog-Nr. 20.)	19	Wahlleistungen bei stationärer Behandlung	61
Mietnebenkosten - auch Renovierungskosten - (nur für Wohnraum; falls keine Miete geltend gemacht wird, sind PLZ und Ort der Wohnung im Vordruck Zeile 35 einzutragen)	20	(Art der Wahl. in Zeile 32-34 in der 2. Spalte eintragen.)	
Miete (sonstige)	21	Warenlieferung-en	43
Mitgliedsbeitrag	22	Wechsel (siehe Scheck)	
Pacht	23	Werkvertrag/Werklieferungsvertrag	44
Provision (siehe Handelsvertreterprovision/ Vermittlungsprovision)		Wohngeld/Hausgeld für Wohnungseigentümer- gemeinschaft (PLZ und Ort des Wohnungseigentums sind im Vordruck in Zeile 35 einzutragen.)	90
Pflegeversicherung - siehe Beiträge zur privaten Pflegeversicherung		Zahnärztliche Leistung (siehe Ärztliche L.)	
		Zeitungs-/Zeitschriftenbezug	45
		Zinsrückstände/Verzugszinsen	46
		(Gilt nur für Zinsen, bei denen die zugrundeliegende Forderung nicht gleichzeitig geltend gemacht wird. Zinsen in diesen Fällen nicht in Zeile 40 - 43 bezeichnen.)	

Anhang 3

Verfahrensablauf maschinelles Mahnverfahren (vereinfachte Darstellung)



Anhang 4

Übersicht: Stand der maschinellen Bearbeitung in den Bundesländern und Gerichtsanschriften zum 1.3.2009

Bundesland	maschinelle Bearbeitung zugelassen für	zugelassene Einreichungsart *	zuständiges Amtsgericht	Telefonnr. / Telefaxnr.
Baden-Württemberg	gesamtes Land	Vordrucke, Disketten, Bandkassetten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Stuttgart - Mahnabteilung - 70154 Stuttgart	0711/921-3567 0711/921-3400
Bayern	gesamtes Land	Vordrucke, Disketten, Bandkassetten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Coburg - Mahngericht - Heiligkreuzstraße 22 96441 Coburg	09561/878-5 09561/878-6666
Berlin und Brandenburg	jeweils gesamtes Land Auslandssachen (§ 689 Abs. 2 S. 2 ZPO)	Vordrucke, Disketten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Wedding – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg – 13343 Berlin Amtsgerichts Wedding in 13343 Berlin**	030/90156-0 030/90156-203 / 233/402
Bremen	gesamtes Land	Vordrucke, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Bremen - Mahnabteilung - 28184 Bremen	0421/3616115 0421/4964851
Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern	jeweils gesamtes Land	Vordrucke, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag, Disketten bis 31.12.2009	Hamburg – Gemeinsames Mahngericht der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern - 22747 Hamburg	040/42811-01 040/42811-2758
Hessen	gesamtes Land	Vordrucke, Disketten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Hünfeld - Mahnabteilung - 36084 Hünfeld	06652/600-01 06652/600-222
Niedersachsen	gesamtes Land	Vordrucke, Disketten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Uelzen - Zentrales Mahngericht Postfach 1363 29503 Uelzen	0581/8851-1 0581/8851-282540
Nordrhein-Westfalen	OLG-Bezirke Hamm, Düsseldorf OLG-Bezirk Köln	Vordrucke, Disketten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Hagen - Mahnabteilung - 58081 Hagen Euskirchen -Mahnabteilung - 53878 Euskirchen	02331/967-5 02331/967-700 02251/951-0 02251/951-2900
Rheinland-Pfalz und Saarland	jeweils gesamtes Land	Vordrucke, Disketten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag, EDA-Mail	Gemeinsames Mahngericht der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland 56723 Mayen	02651/403-0 02651/403-100
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	jeweils gesamtes Land	Vordrucke, Disketten, WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Aschersleben, Gemeinsames Mahngericht der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen Lehrer Str. 15 39418 Staßfurt	03925/876-0 03925/876-252
Schleswig-Holstein	gesamtes Land	Vordrucke, Disketten WEB-DFÜ, online-Mahnantrag	Schleswig –Zentrales Mahngericht - Postfach 1170 24821 Schleswig	04621/815-0 04621/815-333

- * **Vordrucke:** Für die maschinelle Bearbeitung; die Erstellung des MB-Antrags ist auch über das Internet möglich (online-Mahnantrag s. unten).
- WEB-DFÜ:** Datenaustausch über das Internet; Verwendung von Chipkarten, digitale Signatur nach dem Signaturgesetz.
- EDA-Mail:** Datenaustausch mittels E-Mail auf Grundlage der EDA-Konditionen; fortgeschrittene digitale Signatur mittels Open-PGP
- online-Mahnantrag:** Antragstellung (nur MB-Antrag) über das Internet (www.online-mahnantrag.de) zum Druck auf weißes Papier (Barcode) oder zur Datenübermittlung (Chipkarte, digitale Signatur).
- ** Zuständig, wenn der Antragsteller im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Seit dem **12.12.2008** müssen die Anträge ausschließlich an Amtsgericht Wedding in 13343 Berlin gerichtet werden.

Anhang 5

Internetadressen der Landesjustizverwaltungen / Mahngerichte s. a. unter **www.mahngerichte.de** (gemeinsames Portal der Mahngerichte der Bundesländer)

Hinweis: Die hier angegebenen Internetadressen geben den Stand bei Drucklegung wieder. Änderungen erfragen Sie bitte bei den in Anhang 4 angegebenen Amtsgerichten.

Baden-Württemberg	Internetportal der Justiz: http://www.justiz-bw.de Zugang zur Online-Antragstellung: → Service → Online-Dienste → Mahnverfahren Verwaltungsportal des Landes: http://www.service-bw.de → Formulare/Online-Dienste → M → Mahnverfahren online Homepage des Amtsgerichts Stuttgart: http://www.amtsgericht-stuttgart.de → Mahnverfahren
Bayern	Internetportal der Justiz: http://www.justiz.bayern.de Informationen zum automatisierten Mahnverfahren und Zugang und zur online-Antragstellung unter http://www.justiz.bayern.de/buergerservice/onlinedienste/ Homepage des Amtsgerichts Coburg über: http://www.justiz-coburg.de und http://www.mahngericht-bayern.de ;
Berlin und Brandenburg	Internetportal der Justiz Berlins: http://www.berlin.de/justiz Internetportal der Justiz Brandenburgs: http://www.mdj.brandenburg.de Homepage des Zentralen Mahngerichts Berlin-Brandenburg: http://www.berlin.de/ag-wedding
Bremen	Homepage der Justiz: http://www.bremen.de/justizsenator Homepage des Amtsgerichts Bremen: http://www.amtsgericht.bremen.de mit Zugang zur Online-Antragstellung: → Abteilungen → Mahnsachen → Online Mahnantrag
Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern	Homepage der Justiz: http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/justiz Homepage der Hamburger Amtsgerichte: http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/justiz/gerichte/amtsgerichte Informationsseiten des Hamburger Mahngerichts mit Zugang zur Online-Antragstellung: http://www.mahngericht.hamburg.de
Hessen	Internetportal der Justiz: http://www.hmdj.justiz.hessen.de Homepage des Amtsgerichts Hünfeld: http://www.ag-huenfeld.justiz.hessen.de
Niedersachsen	Internetportal der Justiz: http://www.mj.niedersachsen.de Homepage des Amtsgerichts Uelzen – Zentrales Mahngericht: http://www.amtsgericht-uelzen.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	Internetportal der Justiz: http://www.justiz.nrw.de Zugang zur Online-Antragstellung → Formulare → Mahnverfahren Zugang zur Orts- und Gerichtsdatei → Adressen & Links → Adressdatenbank Informationen zum automatisierten Mahnverfahren sind unter http://www.mahnverfahren.nrw.de abzurufen. Homepage des Amtsgerichts Euskirchen: http://www.ag-euskirchen.nrw.de Homepage des Amtsgerichts Hagen: http://www.ag-hagen.nrw.de
Rheinland-Pfalz und Saarland	Internetportal der Justiz: http://www.justiz.rlp.de Homepage des Amtsgerichts Mayen – Zentrales Mahngericht der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland: http://www.agmy.justiz.rlp.de
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Internetportal der Justiz: http://www.mj.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	Internetportal der Justiz: http://www.mahngericht.schleswig-holstein.de

Anhang 6

Online-Antragstellung über www.online-mahnantrag.de;
Muster der 1. Seite

The screenshot shows a web browser window titled "Online-Mahnantrag - Ihr Mahnbescheid-Antrag im Internet - Microsoft Internet Explorer bereitgestellt von der Justiz NRW". The address bar shows "https://www.online-mahnantrag.de/omahn/Mahnantrag". The page header includes the logo of Baden-Württemberg and the text "Online-Mahnantrag Eine Anwendung der deutschen Mahngerichte". Below the header is a navigation menu with "Start", "Antrag", "Drucken/Signieren", "Hilfe", and "Impressum". The main heading is "Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids". The form content is on a light green background and asks "In welchem Bundesland haben Sie Ihren Sitz/Wohnsitz?". A dropdown menu is set to "Baden-Württemberg". Below this, there is a "Hilfe" button and a "weiter" button. The text includes a warning about system downtime on Wednesdays from 8:00-10:00 and a "Wichtiger Hinweis für Nutzer des IE6 ohne Service Pack 1".

Online-Mahnantrag Eine Anwendung der deutschen Mahngerichte
Baden-Württemberg Hotline für nicht technische Fragen 0711/921-3567

Start Antrag Drucken/Signieren Hilfe Impressum

Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

In welchem Bundesland haben Sie Ihren Sitz/Wohnsitz? Hilfe

Wo möchten Sie den Antrag stellen?

Baden-Württemberg Antragsteller mit Sitz/Wohnsitz im Ausland wählen "Berlin".
Creditors with seat/residence abroad choose "Berlin".

Mittwochs von 8:00-10:00 steht Ihnen der Online-Mahnantrag zwecks Wartung nicht zur Verfügung.
Für eine dauerhafte Verfügbarkeit der Anwendung und des Internet-Übertragungsweges kann keine Gewähr übernommen werden.
In Einzelfällen kann es zu system- oder internetbedingten Ausfallzeiten kommen.
Hinweis: Vermeiden Sie bei der Arbeit mit dem Online-Mahnantrag Arbeitspausen von mehr als 30 Minuten. Wenn Sie länger als 30 Minuten nicht mit dem Online-Mahnantrag arbeiten, wird die Session auf dem Server beendet und Ihre erfassten Daten gehen verloren. Benutzen Sie bitte nicht den Zurück-Button des Browsers. Der Browser kennt nicht den Status der Anwendung. Falsche Anzeigen sind die Folge.

Hotline:
Bei **fachlichen** - nicht technischen! - **Fragen zum gerichtlichen Mahnverfahren** oder insbesondere zu bereits beantragten Mahnverfahren wenden Sie sich bitte **ausschließlich an die Mahngerichte: Ansprechpartner**

Bei **technischen Fragen** können Sie Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr den telefonischen Hotline-Service der Firma Westermacher nutzen, erreichbar unter der Telefonnummer 01805 - 348778 (Kosten 0,14 Euro pro angefangene Minute aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer) oder per E-Mail unter "egvp@westermacher.com".
Hinweis: Die Firma Westermacher leistet **nur** den technischen und organisatorischen Support für die Antragstellung per Internet

weiter

Wichtiger Hinweis für Nutzer des IE6 ohne Service Pack 1

Fertig Internet

Anhang 6

Online-Antragstellung über www.online-mahnantrag.de;
Muster der 2. Seite (Auswahl der Versandart)

